

STATISTISCHES
BUNDESAMT
WIESBADEN

FACHSERIE **L**

FINANZEN UND STEUERN

Reihe 1

**Haushaltswirtschaft von Bund, Ländern
und Gemeinden**

IV. Finanzausgleich

Allgemeine Umlage der Landkreise

1960



Bestellnummer : L 1/IV/1 - j 60

VERLAG: W. KOHLHAMMER GMBH, STUTTGART UND MAINZ

Inhalt

Seite

A. Vorbemerkung	3
B. Überblick	4
C. Tabellenteil	
Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise im Rechnungsjahr 1960	10
D. Anhang	
Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundes- gebietes über die Erhebung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1960	22



A. Vorbemerkung

Im vorliegenden Bericht für 1960 sind - in der gleichen Weise wie in den vorangegangenen Berichten¹⁾ - die in den einzelnen Ländern geltenden Berechnungsgrundlagen der allgemeinen Umlage der Landkreise und die aufgrund dieser Berechnungen sich ergebenden Zahlen (für die Umlagekraft, den Umlagebedarf und die Umlageanspannung) zusammengestellt. Der Kreis der in den Vergleich einbezogenen Körperschaften umfaßt erstmalig auch die entsprechenden Körperschaften des Saarlandes.

Das Rechnungsjahr 1960 umfaßt in den meisten Ländern - infolge der Anpassung des Haushaltsjahres der Gebietskörperschaften an das Kalenderjahr ab 1961 - nur die Ergebnisse eines sogenannten Rumpfrechnungsjahres mit nur drei Vierteljahren. Um jedoch Vergleiche mit den Vorjahren zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse dieses Berichtes, soweit sie nicht bereits in den Ländern für ein volles Jahr erstellt worden waren, auf 12 Monate hochgerechnet. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, daß für die effektiven Kreisumlagezahlungen der Gemeinden im Rumpfrechnungsjahr 1960 (1. April bis 31. Dezember 1960) nur 75 % des für ein volles Jahr berechneten Umlagebedarfs der Landkreise anzusetzen sind.

Wie in den Vorjahren soll der Bericht in erster Linie dem kreisweisen Vergleich von Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung innerhalb der einzelnen Länder dienen.

Die Begriffe Umlagebedarf, Umlagekraft und Umlageanspannung sind in ihrer Bedeutung unverändert geblieben:

Umlagebedarf

Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist von den kreisangehörigen Gemeinden (gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken) eine Umlage (Kreisumlage) zu erheben.

Umlagekraft

Die Kreisumlage wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen, ferner in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und evtl. der Sonderzuweisungen und der Einnahmen aus der Vergnügungssteuer, die sie für das Umlagejahr zu beanspruchen haben.

Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraft.

Umlageanspannung

Das rechnerische Verhältnis zwischen dem Umlagebedarf der Landkreise und der Umlagekraft ihrer Gemeinden usw. ergibt die Umlageanspannung. Sie stellt den Prozentsatz der Umlagekraft dar, der zur Deckung des Umlagebedarfs herangezogen werden muß (Umlagesatz).

¹⁾ Vgl. die Statistischen Berichte über die "Allgemeine Umlage der Landkreise" in den Rechnungsjahren 1953, 1955, 1957, 1958 und 1959 (Arb.Nr. VII/44/2,4,7,8 und 9).

B. Überblick

Hinsichtlich der allgemeinen Umlage der Landkreise sind gegenüber 1959 wesentliche Änderungen nicht eingetreten.

Die nachfolgenden fünf Übersichten (Texttabellen) unterrichten im einzelnen über den Umfang der Kreisumlage, die Berechnung der Umlagekraft (insbesondere die Bemessungsgrundlagen) und die Umlageanspannung.

Texttabelle 1: Nach den Ergebnissen der Jahresrechnungsstatistik (Isteinnahmen in den Rechnungsjahren 1957, 1958 und 1959) ist hier sowohl die absolute Höhe der Umlageeinnahmen als auch ihr Anteil an den gesamten Einnahmen der Landkreise aus allgemeinen Deckungsmitteln dargestellt. In den angegebenen drei Rechnungsjahren machen die Umlageeinnahmen jeweils mehr als 70 % der allgemeinen Deckungsmittel aus.

Texttabelle 2: Diese Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft vermittelt einen Überblick über die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen in den einzelnen Ländern. Für die Berechnung waren die gleichen Umlagegrundlagen (Steuerkraftzahlen, sonstige Grundlagen) maßgebend wie im Vorjahr.

Texttabelle 3: Hier sind Umlagebedarf und Umlagekraft - jeweils in DM je Einwohner - sowie die aus diesen Angaben errechneten landesdurchschnittlichen Anspannungssätze der Kreisumlage dargestellt.

Texttabelle 4: Diese Übersicht enthält Angaben über Höhe und Streuung der Anspannungssätze in den einzelnen Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern. Ferner unterrichtet sie über den "Streuungsdurchschnitt"; dieser ist als einfaches arithmetisches Mittel errechnet und veranschaulicht das unterschiedliche Ausmaß der Streuung der Anspannungssätze.

Texttabelle 5: Sie gibt Auskunft über die Anspannungssätze der wichtigsten Umlagegrundlagen in den Regierungs- bzw. Verwaltungsbezirken und Ländern. Es sind die höchsten, die niedrigsten und die durchschnittlichen Hundertsätze der Anspannung der Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und der Schlüsselzuweisungen dargestellt.

1. Einnahmen der Landkreise aus allgemeinen
Deckungsmitteln in den
Rechnungsjahren 1957 bis 1959 ¹⁾

Land	Allgemeine Deckungsmittel						Umlageeinnahmen in % der allgemeinen Deckungsmittel		
	insgesamt	darunter Umlage- ein- nahmen	insgesamt	darunter Umlage- ein- nahmen	insgesamt	darunter Umlage- ein- nahmen			
	1959		1958		1957		1959	1958	1957
	Mill. DM						%		
Schleswig-Holstein	74,5	37,7	66,7	35,6	60,6	33,1	50,6	53,4	54,6
Niedersachsen	235,0	164,5	216,7	154,2	202,5	147,3	70,0	71,1	72,7
Nordrhein-Westfalen	321,8	236,8	306,3	228,2	261,2	193,6	73,6	74,5	74,1
Hessen	131,9	81,2	126,5	77,7	108,1	69,1	61,6	61,4	63,9
Rheinland-Pfalz	94,3	60,3	81,1	52,2	73,1	45,7	63,9	64,4	62,5
Baden-Württemberg	222,2	153,7	193,9	134,8	171,3	115,2	69,2	69,5	67,3
Bayern	231,6	185,9	204,1	166,1	180,2	147,9	80,3	81,4	82,1
Zusammen	1 311,2	920,1	1 195,4	848,9	1 057,0	751,9	70,2	71,0	71,1
DM je Einwohner									
Schleswig-Holstein	46,11	23,35	41,53	22,17	37,80	20,63			
Niedersachsen	50,20	35,14	46,30	32,94	43,22	31,44			
Nordrhein-Westfalen	42,20	31,05	40,88	30,46	35,52	26,33			
Hessen	42,15	25,96	40,83	25,07	35,17	22,49			
Rheinland-Pfalz	37,16	23,74	32,22	20,75	29,32	18,33			
Baden-Württemberg	38,41	26,57	34,20	23,78	30,76	20,69			
Bayern	38,12	30,59	33,79	27,50	29,92	24,56			
Zusammen	41,69	29,26	38,43	27,29	34,32	24,41			

1) Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik (Isteinnahmen).

2. Übersicht über die Berechnung der Umlagekraft im Rechnungsjahr 1960
nach Ländern
- in % der Grundlagen -

Grundlage	Schles- wig- Hol- stein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land ²⁾
I. Steuerkraftzahlen								
Grundsteuer A - Meßbeträge	140	100	80	140	140	150	140	120
Grundsteuer B - Meßbeträge								
die ersten 20 000 DM der Meßbeträge	140	120	120	130	140	150	140	150
" weiteren 100 000 " " "	160	160	160	175	175		170	160
" " 400 000 " " "	200	200	200	-	-		-	-
" " 1 000 000 " " "	-	-	-	220	210		210	170
" " 2 000 000 " " "	-	-	-	240	-		220	-
" " 4 000 000 " " "	-	220	220	-	-		-	-
" " Meßbeträge	250	240	240	260	230		230	180
Grundsteuerergänzungszuschüsse/ -auffallentschädigung - Ist	70	-	100	-	-	-	140-230 ³⁾	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital- Meß- (Grund-) beträge	210	200	200	245	240	290	240	240
Gewerbesteuerausgleich - Einnahmen - Ist	+ 25	+ 50	+ 50	+ 100	+ 75	+100	+ 50	-
Ausgaben - Ist	- 50	- 50	- 100	- 100	- 100	-100	- 100	-
Verwaltungskostenzuschüsse von Bundesbahn und Bundespost - Ist	-	-	-	-	-	-	50	-
Spielbankabgabe - Ist	-	-	-	-	-	-	50	-
Steuerkraft, die 170 % der Bedarfsmäß- zahl übersteigt	-	-	-	100	-	-	-	-
Schlüsselzuweisungen	-	-	-	-	-	100 ⁴⁾	-	-
II. Sonstige Grundlagen								
Schlüsselzuweisungen - Ist	65	100	100	75	75	100 ⁵⁾	80	90
Sonderzuweisungen - Ist	-	100	-	-	-	100	-	-
Vergnügungssteuer - Ist	-	-	-	100	100	-	-	-

1) Gesetzliche Bestimmungen siehe Anhang. - 2) Die Steuerkraftzahlen und Schlüsselzuweisungen werden um den Anteil an der Finanzzuweisungsumlage gekürzt. - 3) Es werden die mit 140 bis 230 % errechneten Grundbeträge der Grundsteuer ausfallver-
gütung den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzugerechnet. - 4) Gem. § 10, 1b FAG. - 5) Gem. § 10, 1a FAG.

3. Angaben zur Umlageanspannung

Land		Umlagebedarf	Umlagekraft	Umlagebedarf in % der Umlagekraft
		DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	1960	26,51	76,97	34,4
	1959	23,38	68,15	34,3
Niedersachsen	1960	40,93	84,83	48,2
	1959	35,43	72,81	48,7
Nordrhein-Westfalen	1960	35,54	121,95	29,1
	1959	28,56	95,97	29,8
Hessen	1960	31,35	104,42	30,0
	1959	24,87	80,78	30,8
Rheinland-Pfalz	1960	23,56	66,78	35,3
	1959	23,43	69,19	33,9
Baden-Württemberg	1960	26,91	136,92	19,6
	1959	26,34	132,84	19,8
Bayern	1960	31,04	68,69	45,2
	1959	30,59	67,18	45,5
Saarland	1960	8,33	124,89	6,7
	1959	.	.	.

4. Streuungsbild der Gesamtanspannung im Rechnungsjahr 1960

- Umlagebedarf in % der Umlagekraft -

Land Regierungsbezirk	Zahl der Kreise mit einer Umlageanspannung von														Durch- schnitt %	Streu- ungs- durch- schnitt ¹⁾
	0 bis 20,0	20,1 bis 25,0	25,1 bis 30,0	30,1 bis 35,0	35,1 bis 40,0	40,1 bis 45,0	45,1 bis 50,0	50,1 bis 55,0	55,1 bis 60,0	60,1 bis 65,0	65,1 bis 70,0	70,1 bis 75,0	75,1 und mehr			
	% ihrer Umlagekraft															
Schleswig-Holstein	-	-	2	6	9	-	-	-	-	-	-	-	-	34,4	2,3	
Niedersachsen																
Regierungsbezirk																
Hannover	-	-	-	-	-	2	3	3	1	-	-	-	-	49,4	4,6	
Hildesheim	-	-	-	-	-	2	3	4	1	1	-	-	-	50,5	4,3	
Lüneburg	-	-	-	-	-	-	3	6	-	-	-	-	-	50,4	2,2	
Stade	-	-	-	-	-	3	2	1	1	-	-	-	-	47,2	4,7	
Osnabrück	-	-	-	-	-	-	2	5	1	-	-	-	-	50,3	2,5	
Aurich	-	-	-	-	-	1	2	1	-	-	-	-	-	48,5	2,4	
Verwaltungsbezirk																
Braunschweig	-	-	-	-	-	1	3	2	-	-	-	-	-	48,0	3,3	
Oldenburg	-	-	-	-	6	-	-	-	-	-	-	-	-	38,3	0,5	
Land	-	-	-	-	6	9	18	22	4	1	-	-	-	48,2		
Nordrhein-Westfalen																
Regierungsbezirk																
Düsseldorf	-	-	5	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	31,0	3,1	
Köln	-	2	3	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,4	2,9	
Aachen	-	-	2	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30,6	1,4	
Münster	-	1	9	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	26,7	2,0	
Detmold	-	1	2	4	5	-	-	-	-	-	-	-	-	32,9	3,6	
Arnsberg	-	2	4	4	2	-	-	-	-	-	-	-	-	28,9	3,7	
Land	-	6	25	17	9	-	-	-	-	-	-	-	-	29,1		
Hessen																
Regierungsbezirk																
Darmstadt	-	1	3	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27,4	4,2	
Kassel	-	-	-	15	-	-	-	-	-	-	-	-	-	32,9	1,0	
Wiesbaden	-	-	2	10	1	-	-	-	-	-	-	-	-	32,4	1,6	
Land	-	1	5	32	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,0		
Rheinland-Pfalz																
Regierungsbezirk																
Koblenz	-	-	3	4	2	2	-	-	-	-	-	-	-	33,3	4,6	
Trier	-	-	2	3	1	1	-	-	-	-	-	-	-	33,3	3,8	
Montabaur	-	-	-	-	3	-	1	-	-	-	-	-	-	40,4	3,2	
Rheinhausen	-	-	2	1	1	-	-	-	-	-	-	-	-	30,4	4,8	
Pfalz	-	-	1	1	6	4	-	-	1	-	-	-	-	39,1	4,7	
Land	-	-	8	9	13	7	1	-	1	-	-	-	-	35,3		
Baden-Württemberg																
Regierungsbezirk																
Nordwürttemberg ...	14	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,2	1,9	
Nordbaden	3	3	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	22,1	3,9	
Südbaden	4	14	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21,5	1,2	
Wttbg.-Hohenzoll. ..	10	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	18,8	3,0	
Land	31	29	3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19,6		
Bayern																
Regierungsbezirk																
Oberbayern	-	-	1	-	3	9	10	1	2	-	-	-	-	43,7	4,8	
Niederbayern	-	-	-	-	-	1	4	5	2	7	3	-	-	56,6	6,0	
Oberpfalz	-	-	-	-	-	1	8	9	-	1	-	-	-	50,5	2,4	
Oberfranken	-	-	-	-	8	3	5	1	-	-	-	-	-	42,1	4,2	
Mittelfranken	-	-	-	-	2	5	8	2	-	-	-	-	-	45,6	3,2	
Unterfranken	-	-	2	-	3	4	8	3	2	-	-	-	-	43,3	6,3	
Schwaben	-	-	-	2	7	7	3	-	1	-	-	-	-	40,6	3,9	
Land	-	-	3	2	23	30	46	21	7	8	3	-	-	45,2		
Saarland	7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6,7	1,0	

1) Einfacher Durchschnitt der Differenzen zwischen den Anspannungssätzen der einzelnen Ländkreise eines Regierungsbezirks und dem Regierungsbezirkdurchschnitt.

5. Umlageanspannung der nach Regierungsbezirken zusammengefaßten Landkreise
im Rechnungsjahr 1960
- Umlagesatz in % -

Land Regierungsbezirk	Grundsteuer A			Grundsteuer B			Gewerbesteuer nach Ertrag u. Kapital			Schlüssel- zuweisungen		
	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾	höch- ster	nied- rig- ster	durch- schnittl. ¹⁾
Umlagesatz												
<u>Schleswig-Holstein</u>	39,0	29,0	34,3	39,0	30,0	34,8	39,0	30,0	35,2	39,0	29,0	34,3
<u>Niedersachsen</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Hannover	57,0	43,0	50,9	57,0	43,0	49,8	57,0	43,0	49,8	57,0	35,0	46,2
Hildesheim	57,0	45,0	49,1	57,0	45,0	49,1	59,0	45,0	49,1	52,0	34,0	46,4
Lüneburg	55,0	47,0	51,8	55,0	47,0	51,8	55,0	47,0	51,8	55,0	39,0	46,6
Stade	56,0	41,0	48,0	56,0	41,0	48,0	56,0	41,0	48,0	56,0	41,0	48,0
Osnabrück	58,0	47,0	52,5	58,0	47,0	52,5	61,0	48,0	53,0	55,0	40,0	47,3
Aurich	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	49,8	54,0	45,0	50,3	50,0	39,0	44,0
<u>Verwaltungsbezirk</u>												
Braunschweig	53,0	35,0	42,7	53,0	35,0	42,7	56,0	40,0	49,0	53,0	35,0	42,7
Oldenburg	40,0	38,0	38,3	40,0	38,0	38,3	40,0	38,0	38,3	40,0	38,0	38,3
Land	58,0	35,0	48,4	58,0	35,0	48,3	61,0	35,1	49,0	57,0	34,0	45,4
<u>Nordrhein-Westfalen</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Düsseldorf	36,0	27,0	31,0	36,0	27,0	31,0	36,0	27,0	31,0	36,0	27,0	31,0
Köln	32,0	22,0	27,6	32,0	22,0	27,6	32,0	22,0	27,6	32,0	22,0	26,7
Aachen	34,0	26,0	31,3	34,0	26,0	31,3	34,0	29,0	32,4	34,0	26,0	30,2
Münster	30,0	22,0	27,4	30,0	22,0	27,4	30,0	22,0	27,4	30,0	21,0	26,8
Detmold	40,0	26,0	34,0	40,0	26,0	34,0	40,0	26,0	34,0	38,5	25,0	32,5
Arnsberg	36,0	23,0	30,0	36,0	23,0	30,0	36,0	23,0	30,0	36,0	23,0	30,0
Land	40,0	22,0	30,4	40,0	22,0	30,4	40,0	22,0	30,5	38,5	21,0	29,7
<u>Hessen</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Darmstadt	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6	33,0	22,0	30,6
Kassel	35,0	32,0	33,1	35,0	32,0	33,0	36,0	32,0	33,3	36,0	32,0	33,3
Wiesbaden	40,0	30,0	33,5	36,0	30,0	33,2	36,0	30,0	33,1	37,0	30,0	32,9
Land	40,0	22,0	32,5	36,0	22,0	32,4	36,0	22,0	32,5	37,0	22,0	32,4
<u>Rheinland-Pfalz</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Koblenz	45,0	26,8	34,5	45,0	26,8	34,5	45,0	26,6	33,7	42,0	20,2	30,8
Trier	44,0	29,0	34,9	44,0	29,0	34,9	44,0	29,0	34,9	34,8	24,0	31,0
Montabaur	50,0	37,0	41,5	50,0	37,0	41,5	50,0	37,0	41,5	40,0	37,0	39,0
Rheinhausen	39,0	26,5	31,7	39,0	26,5	31,7	39,0	26,5	31,7	38,0	26,0	29,7
Pfalz	50,0	30,0	39,8	50,0	30,0	39,8	65,0	30,0	40,3	50,0	30,0	39,8
Land	50,0	26,5	36,8	50,0	26,5	36,8	65,0	26,5	36,9	50,0	20,2	34,5
<u>Baden-Württemberg</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Nordwürttemberg	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9	24,0	14,0	18,9
Nordbaden	29,0	18,0	23,8	29,0	18,0	23,8	29,0	18,0	23,8	29,0	18,0	23,8
Südbaden	25,0	18,0	21,4	25,0	18,0	21,4	25,0	18,0	21,4	25,0	18,0	21,4
Wttbg.-Hohenzoll. ..	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8	25,0	11,2	19,8
Land	29,0	11,2	20,6	29,0	11,2	20,6	29,0	11,2	20,6	29,0	11,2	20,6
<u>Bayern</u>												
<u>Regierungsbezirk</u>												
Oberbayern	70,0	26,0	46,8	60,0	26,0	45,7	56,5	26,0	44,9	56,5	23,0	42,4
Niederbayern	68,0	45,0	57,9	68,0	45,0	57,9	68,0	45,0	57,9	68,0	40,0	56,4
Oberpfalz	66,0	41,0	51,8	66,0	41,0	51,8	66,0	41,0	50,8	55,0	40,0	49,2
Oberfranken	55,0	36,0	43,9	55,0	36,0	43,9	50,0	34,0	42,7	50,0	34,0	42,4
Mittelfranken	53,0	39,9	46,9	53,0	39,9	46,8	53,0	38,0	45,5	53,0	38,0	45,5
Unterfranken	60,0	29,0	46,5	60,0	29,0	46,5	60,0	29,0	44,8	60,0	29,0	44,7
Schwaben	60,0	31,7	42,7	60,0	31,7	42,7	55,5	31,7	41,6	55,5	31,7	41,6
Land	70,0	26,0	48,2	68,0	26,0	48,0	68,0	26,0	47,0	68,0	23,0	46,1
<u>Saarland</u>	8,0	4,3	6,8	8,0	4,3	6,8	8,0	4,3	6,8	8,0	4,3	6,8

1) Einfacher Durchschnitt.

C. Tabellenteil
Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960*

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ²⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner 1)	1 000 DM	DM je Ein- wohner 1)	in % der Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer			
						A	B		
Schleswig-Holstein									
Eckernförde	4 296	65,50	1 676	25,55	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Eiderstedt	1 576	82,35	599	31,29	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Eutin	6 564	73,36	2 363	26,41	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Flensburg-Land	3 667	57,71	1 357	21,35	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Hzgt.-Lauenburg	9 962	76,75	2 988	23,03	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Husum	4 235	68,06	1 567	25,18	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Norderdithmarschen	4 343	75,61	1 607	27,98	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Oldenburg i. Holstein	6 011	76,47	1 803	22,94	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Pinneberg	18 202	86,02	6 303	29,79	34,6	29,0	34,0	36,0	29,0
Plön	6 634	61,37	2 123	19,64	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Rendsburg	11 312	72,56	3 959	25,39	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Schleswig	6 708	68,33	2 348	23,92	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Segeberg	6 107	65,89	2 015	21,74	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Steinburg	11 145	91,15	3 616	29,57	32,4	30,0	33,0	33,0	30,0
Stormarn	13 193	93,98	4 686	33,38	35,5	32,5	32,5	37,0	32,5
Süderdithmarschen	6 077	84,60	2 248	31,30	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Südtondern	5 149	86,34	1 854	31,08	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Land Schleswig-Holstein	125 181	76,97	43 112	26,51	34,4	34,3	34,8	35,2	34,3
Niedersachsen									
Grafsch. Diepholz	5 668	78,20	3 231	44,58	57,0	57,0	57,0	57,0	57,0
Grafsch. Hoya	7 979	71,60	3 431	30,79	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Grafsch. Schaumburg	5 901	79,10	2 607	34,95	44,2	51,0	47,0	47,0	35,0
Hammeln-Pyrmont	5 956	77,37	3 077	39,97	51,7	57,0	50,9	50,9	50,9
Hannover-Land	18 641	108,63	9 530	55,54	51,1	52,0	52,0	52,0	44,0
Neustadt a/Rbge	6 079	82,95	3 222	43,97	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Nienburg	9 057	93,23	4 529	46,62	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Schaumburg-Lippe	6 424	83,12	3 019	39,06	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Springe	4 535	74,14	2 074	33,90	45,7	48,5	48,5	48,5	36,0
RB Hannover	70 241	86,08	34 720	42,55	49,4	50,9	49,8	49,8	46,2
Alfeld	6 344	79,49	2 740	34,33	43,2	45,0	45,0	45,0	34,0
Duderstadt	3 209	85,54	1 413	37,68	44,0	45,0	45,0	45,0	41,0
Einbeck	4 003	95,25	2 163	51,47	54,0	52,0 ³⁾	52,0	52,5	52,0
Göttingen	4 690	75,46	2 392	38,49	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Hildesheim-Mbg.	9 717	88,92	4 685	42,87	48,2	47,0	47,0	49,0	47,0
Holzminde	7 251	90,59	3 658	45,70	50,4	48,0 ³⁾	48,0	48,0	48,0
Münden	3 762	86,19	1 792	41,06	47,6	48,5 ³⁾	48,5	48,5	45,0
Northeim	7 133	79,40	3 263	36,32	45,7	45,0 ³⁾	45,0	45,0	45,0
Osterode (Harz)	7 128	85,38	3 706	44,39	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Peine	9 863	103,23	5 685	59,50	57,6	57,0	57,0	59,0	50,0
Zellerfeld	3 488	98,13	2 139	60,18	61,3	50,0 ⁴⁾	50,0	45,0	45,0
RB Hildesheim	66 589	87,75	33 637	44,32	50,5	49,1	49,1	49,1	46,4
Burgdorf	10 875	95,69	5 709	50,23	52,5	55,0	55,0	55,0	40,0
Celle	10 986	116,71	5 304	56,35	48,3	50,0	50,0	50,0	39,0
Fallingb.otel	4 713	78,97	2 215	37,11	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Gifhorn	8 499	72,13	4 025	34,16	47,4	50,0	50,0	50,0	39,0
Harburg	7 673	67,81	3 913	34,58	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0

* Für 12 Monate berechnet. -

1) Umgerechnet mit der fortgeschriebenen Einwohnerzahl am 30.6.1960 (ebenso in den Landkreisen der übrigen Länder). - 2) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 3) Forstbezirk Solling, Anteil Einbeck 190,0 %, Anteil Holzminde 170,0 %, Anteil Northeim 117,0 %. - 4) Forstbezirk Harz, Anteil Zellerfeld 190,0 %.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in % d. Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer A	B		
Lüchow-Dannenberg	3 477	66,26	1 913	36,72	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Lüneburg	3 968	71,07	2 059	36,82	51,9	55,0	55,0	55,0	45,0
Soltau	4 875	80,33	2 504	42,58	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Uelzen	7 905	82,84	3 992	41,83	50,5	50,5	50,5	50,5	50,5
RB Lüneburg	62 974	82,55	31 715	41,57	50,4	51,8	51,8	51,8	46,6
Brémervörde	5 033	72,78	2 517	36,40	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Land Hadeln	4 426	71,96	2 478	40,29	56,0	56,0	56,0	56,0	56,0
Osterholz	4 865	69,98	2 530	36,39	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Rotenburg (Hannover)	3 816	72,92	1 908	36,49	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Stade	11 231	85,98	5 054	38,69	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Verden	6 506	79,72	2 732	33,48	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Wesermünde	4 837	67,05	1 983	27,49	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
RB Stade	40 714	75,84	19 203	35,77	47,2	48,0	48,0	48,0	48,0
Aschendorf-Himmling	4 697	71,23	2 488	31,73	53,0	55,0	55,0	50,0	55,0
Bersenbrück	5 911	74,87	3 043	38,54	51,5	52,0	52,0	52,0	50,0
Grafsch. Bentheim 2)	9 018	91,27	4 136	41,36	45,9	48,0	48,0	48,0	48,0
Lingen	6 253	89,60	3 154	45,20	50,4	54,0	54,0	54,0	40,0
Melle	3 415	88,20	1 827	47,18	53,5	54,0	54,0	54,0	50,0
Meppen	6 072	93,50	3 006	46,29	49,5	52,0	52,0	52,0	40,0
Osnabrück	9 964	83,56	5 007	41,99	50,2	47,0	47,0	53,0	45,0
Wittlage	1 937	72,10	1 121	41,72	57,0	58,0	58,0	61,0	50,0
RB Osnabrück	47 269	83,92	23 782	42,22	50,3	52,5	52,5	53,0	47,3
Aurich (Ostfriesland)	5 402	77,52	2 431	34,89	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Leer 3)	9 176	75,68	4 343	35,82	47,3	50,0	50,0	52,0	39,0
Norden 4)	7 018	93,57	3 658	48,77	52,1	54,0	54,0	54,0	42,0
Wittmund	3 264	63,96	1 622	31,78	49,7	50,0	50,0	50,0	50,0
RB Aurich	24 861	78,44	12 054	38,03	48,5	49,8	49,8	50,3	44,0
Blankenburg 6)	1 200	84,22	566	39,72	47,1	40,0	40,0	40,0	40,0
Braunschweig	4 589	65,63	2 113	30,22	46,0	39,0	39,0	52,0	39,0
Gandersheim	6 021	79,35	3 191	42,06	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Goslar	3 073	73,45	1 444	34,52	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Helmstedt	14 392	120,34	7 589	63,46	52,7	42,0	42,0	56,0	42,0
Wolfenbüttel	13 967	106,98	5 872	44,60	42,0	35,0	35,0	46,0	35,0
Verw. Bez. Braunschweig	43 243	95,43	20 776	45,95	48,0	42,7	42,7	49,0	42,7
Ammerland	6 040	87,87	2 284	33,40	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Cloppenburg	7 352	82,19	2 941	32,38	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Friesland	7 681	92,56	2 919	35,17	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Oldenburg (Oldenburg)	5 422	74,92	2 060	28,47	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Vechta	6 440	86,75	2 447	32,96	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Wesermarsch	9 264	95,79	3 520	36,40	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Verw. Bez. Oldenburg	42 171	87,10	16 172	33,40	38,3	38,3	38,3	38,3	38,3
Land Niedersachsen	398 061	84,33	192 057	40,93	48,2	48,4	48,3	49,0	45,4
Nordrhein-Westfalen									
Dinslaken	14 067	120,75	5 064	43,47	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Düsseldorf-Mettmann	37 640	120,55	10 539	33,75	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungs- (Verwaltungs-) bezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Stadt Nordhorn Umlagesatz 43,1 %. - 3) Stadt Borkum Umlagesatz Grundsteuer A und B 36,7 %, Gewerbesteuer 38,0 %, Schlüsselzuweisungen 28,5 %. - 4) Inselgemeinden Langeoog und Spiekeroog Umlagesatz 45,0 %. - 5) Forstbezirk Harz, Anteil Blankenburg 173,0 %. - 6) Amtsbezirk Thedinghausen Umlagesatz 43,0 %.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960***

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in % d. Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer			
						A	B		
Geldern	8 560	106,69	3 081	38,41	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Grevenbroich	21 738	126,19	6 522	37,86	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Kempen-Krefeld	21 524	106,18	6 027	29,73	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Kleve	13 296	135,03	4 521	45,91	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Moers	38 027	122,90	10 648	34,41	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Rees	12 091	124,80	3 839	39,62	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7
Rhein-Wupper-Kreis	21 336	119,31	5 761	32,21	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
RB Düsseldorf	188 279	120,11	56 001	35,72	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0
Bergheim (Erft)	13 405	129,49	4 141	40,00	30,9	32,0	32,0	32,0	25,6
Bonn	21 321	111,58	5 437	28,45	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5
Euskirchen	10 459	103,80	3 138	31,14	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Köln	29 147	152,31	7 724	40,36	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Oberbergischer Kreis	13 526	104,00	4 328	33,28	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Rheinisch-Bergischer Kreis	22 134	109,46	5 534	27,36	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Siegkreis	27 239	118,35	5 992	26,04	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
RB Köln	137 231	119,42	36 293	31,58	26,4	27,6	27,6	27,6	26,7
Aachen	32 311	125,08	9 693	37,52	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Düren	20 065	140,92	6 103	42,86	30,4	26,0	26,0	34,0	26,0
Erkelenz	10 569	124,39	3 488	41,05	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Jülich	8 430	123,32	2 640	38,62	31,3	33,0	33,0	33,0	29,0
Monschau	3 186	117,25	1 083	39,86	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Schleiden	6 635	108,63	2 112	34,58	31,8	34,0	34,0	34,0	30,6
Selfkantkreis	16 419	138,02	4 761	40,03	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
RB Aachen	97 614	128,23	29 881	39,25	30,6	31,3	31,3	32,4	30,2
Ahaus	11 977	115,89	3 593	34,77	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Beckum	19 897	131,11	5 173	34,09	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Borken	9 211	111,80	2 579	31,31	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Coesfeld	9 045	108,83	2 532	30,47	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Lüdinghausen	16 300	127,40	3 586	28,03	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Münster	11 729	123,49	3 401	35,81	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Recklinghausen	48 191	152,98	12 530	39,78	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Steinfurt	18 439	113,34	4 715	28,98	25,6	27,0	27,0	27,0	21,0
Tecklenburg	13 271	107,43	3 849	31,15	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Warendorf	10 091	169,03	2 926	49,02	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
RB Münster	168 151	128,91	44 885	34,41	26,7	27,4	27,4	27,4	26,8
Bielefeld	15 257	120,84	5 932	46,98	38,9	40,0	40,0	40,0	35,0
Büren	5 789	100,65	2 044	35,53	35,3	40,0	40,0	40,0	32,0
Detmold 2)	15 276	112,43	5 778	42,53	37,8	38,0	38,0	38,0	38,0
Halle (Westf.)	7 099	120,61	2 001	34,00	28,2	29,0	29,0	29,0	25,0
Herford	17 828	109,23	5 883	36,05	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Höxter	9 321	101,06	2 983	32,30	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Lemgo	15 189	113,69	5 468	40,93	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Lübbecke	8 632	103,08	3 021	36,08	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Minden	22 172	119,08	7 317	39,30	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Paderborn	13 975	114,78	3 773	30,99	27,0	27,0	27,0	27,0	27,0
Warburg	4 255	99,84	1 638	38,44	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5
Wiedenbrück 3)	18 959	125,44	4 749	31,42	25,0	26,0	26,0	26,0	26,0
RB Detmold	153 750	113,64	50 587	37,39	32,9	34,0	34,0	34,0	32,5

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt.- 2) Stadt Lage Umlagesatz 36,2 %.- 3) Stadt Güterloh Umlagesatz 23,8 %.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz 1) in % der					
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in % d. Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen			Steuer- kraft- zahlen, die 170 % der Be- darfs- maßzahl über- 2) steigen	son- stigen Steuern 3)	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer		Gewerbe- steuer			
						A	B				
Altena	24 438	151,73	8 064	50,07	33,0	32,0	33,0	33,0	-	-	33,0
Arnsberg	16 577	128,69	3 978	30,89	24,0	24,0	24,0	24,0	-	-	24,0
Brilon	7 345	101,23	2 204	30,37	30,0	30,0	30,0	30,0	-	-	30,0
Ennepe-Ruhr-Kreis	32 848	128,61	8 540	33,44	26,0	26,0	26,0	26,0	-	-	26,0
Iserlohn	24 167	133,34	5 558	30,67	23,0	23,0	23,0	23,0	-	-	23,0
Lippstadt	10 850	117,17	3 581	38,67	33,0	33,0	33,0	33,0	-	-	33,0
Meschede	7 770	104,41	2 274	29,76	29,5	28,5	28,5	28,5	-	-	28,5
Olpe	9 944	105,98	3 132	33,36	31,5	31,5	31,5	31,5	-	-	31,5
Siegen	22 545	138,51	6 087	37,40	27,0	27,0	27,0	27,0	-	-	27,0
Soest	12 364	119,61	4 451	40,06	36,0	36,0	36,0	36,0	-	-	36,0
Unna	24 241	108,25	7 636	34,70	31,5	31,5	31,5	31,5	-	-	31,5
Wittgenstein	4 215	101,14	1 517	36,41	36,0	36,0	36,0	36,0	-	-	36,0
RB Arnsberg	197 393	123,96	56 964	35,79	28,9	30,0	30,0	30,0	-	-	30,0
Land Nordrhein- Westfalen	942 329	121,95	274 610	35,54	29,1	30,4	30,4	30,5	-	-	29,7
Hessen											
Alsfeld	3 934	72,41	1 259	23,18	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Bergstraße	15 677	85,21	5 017	27,27	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Büdingen	6 405	78,05	1 922	23,42	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Darmstadt	8 120	85,56	2 598	27,38	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Dieburg	7 477	78,25	2 393	25,04	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Erbach	4 888	76,01	1 564	24,32	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Friedberg	13 861	92,25	4 158	27,68	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Gießen	8 551	84,51	2 565	25,35	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Groß-Gerau	70 034	440,72	15 407	96,96	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Lauterbach	2 981	68,36	984	22,56	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Offenbach	20 577	117,40	6 585	37,57	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
RB Darmstadt	162 505	134,93	44 452	36,91	27,4	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6
Eschwege	5 897	88,87	2 064	31,11	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Frankenberg	2 928	62,50	966	20,66	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Fritzlar-Homburg	11 209	142,92	3 567	45,74	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Fulda	5 848	129,52	1 871	41,45	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hersfeld	7 730	109,41	2 474	35,01	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Hofgeismar	3 926	67,40	1 374	23,59	35,0	35,0 4)	35,0 4)	35,0	35,0	35,0	35,0
Hünfeld	2 280	65,14	775	22,15	34,0	34,0 4)	34,0 4)	34,0	34,0	34,0	34,0
Kassel	5 696	76,71	1 823	24,55	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Marburg	6 498	67,04	2 079	21,45	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Melsungen	2 921	65,40	1 005	22,50	34,4	33,0	32,0	36,0	36,0	20,0	36,0
Rotenburg	3 355	60,49	1 107	19,96	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Waldeck	7 613	88,72	2 436	28,39	32,0	32,0 4)	32,0 4)	32,0	32,0	32,0	32,0
Witzenhausen	4 219	81,21	1 434	27,61	34,0	34,0 4)	34,0 4)	34,0	34,0	34,0	34,0
Wolfhagen	2 087	57,00	689	18,81	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Ziegenhain	3 182	61,29	1 101	21,21	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6	34,6
RB Kassel	75 388	79,51	24 785	26,14	32,9	33,1	33,0	33,3	33,3	33,2	33,3

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) In Hessen. - 3) In Hessen Vergnügungssteuer. - 4) Bei Grundsteuer A und B der gemeindefreien Grundstücke besondere Umlagesätze: Kreis Bergstraße, Kreis Hofgeismar je 85,0 %; Kreis Kassel Grundsteuer A 73,3 %; Kreis Witzenhausen Grundsteuer A 70,8 %.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der					
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in % d. Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewerbe- steuer	Steuer- kraft- zahlen, die 170 % der Be- darfs- meßzahl über- steigen ²⁾	son- stigen Steuern ³⁾	Schlüssel- zuwei- sungen
						Grundsteuer					
						A	B				
Biedenkopf	4 414	78,40	1 589	28,22	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Dillkreis	7 934	87,04	2 539	27,85	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Gelnhausen	6 124	75,20	1 960	24,06	32,0	32,0 ⁴⁾	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Hanau	9 160	100,10	2 931	32,03	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Limburg	6 767	81,88	2 301	27,84	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Main-Taunus-Kreis	12 520	100,53	4 006	32,17	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Oberlahnkreis	4 050	72,34	1 377	24,60	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	30,0
Obertaunus-Kreis	12 688	124,73	3 806	37,42	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Rheingau-Kreis	6 789	116,81	2 037	35,04	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Schlüchtern	2 864	70,84	1 002	24,79	35,0	35,0 ⁴⁾	35,0	35,0	35,0	35,0	35,0
Untertaunus-Kreis	3 977	71,50	1 246	22,41	31,3	40,0	36,0	35,0	35,0	34,0	37,0
Usingen	1 790	64,64	609	21,98	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
Wetzlar	13 129	92,78	4 464	31,54	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0	34,0
RB Wiesbaden	92 208	91,41	29 868	29,61	32,4	33,5	33,2	33,1	33,1	33,0	32,9
Land Hessen	330 101	104,42	99 105	31,35	30,0	32,5	32,4	32,5	32,5	32,0	32,4
Rheinland-Pfalz											
Ahrweiler	6 193	74,86	1 680	20,30	27,1	27,5	27,5	27,5	-	27,5	22,5
Altenkirchen (Ww.)	6 762	61,50	2 422	22,03	35,8	36,5	36,5	36,5	-	36,5	28,0
Birkenfeld	8 190	88,07	2 703	29,06	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	33,0
Cochern	2 169	49,32	645	14,67	29,7	29,7	29,7	29,7	-	29,7	29,7
Koblenz	4 306	57,47	1 310	17,48	30,4	30,4	30,4	30,4	-	30,4	30,4
Kreuznach	10 931	87,72	3 607	28,95	33,0	33,0	33,0	33,0	-	33,0	33,0
Mayen	8 854	74,47	2 325	19,55	26,3	26,8	26,8	26,6	-	26,8	20,2
Neuwied	10 937	82,25	4 273	32,14	39,1	39,5	39,5	39,5	-	39,5	29,7
St. Goar	3 688	73,65	1 549	30,93	42,0	42,0	42,0	42,0	-	42,0	42,0
Simmern (Hunsrück)	2 052	50,96	911	22,64	44,4	45,0	45,0	45,0	-	45,0	42,0
Zell (Mosel)	2 348	64,64	719	19,79	30,6	36,0	36,0	28,0	-	28,0	28,0
RB Koblenz	66 429	73,18	22 144	24,40	33,3	34,5	34,5	33,7	-	33,8	30,8

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) In Hessen. - 3) Vergnügungsteuer. - 4) Bei Grundsteuer A der gemeindefreien Grundstücke besondere Umlagesätze: Kreis Gelnhausen 80,0 %; Kreis Schlüchtern 83,2 %.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der				
						Steuerkraftzahlen			son- stigen ²⁾ Steuern	Schlüssel- zuwei- sungen
	1 000 DM	DM je Ein- wohner	1 000 DM	DM je Ein- wohner	in % d. Umlage- kraft	Grundsteuer A	B	Gewerbe- steuer		
Bernkastel	2 884	52,37	923	16,76	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0	32,0
Bitburg	3 204	57,38	883	15,90	27,7	29,0	29,0	29,0	29,0	24,0
Daun	2 263	57,91	894	22,88	39,5	42,0	42,0	42,0	42,0	31,0
Prüm	1 986	51,35	691	17,87	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8	34,8
Saarlouis	2 572	57,59	1 054	23,59	41,0	44,0	44,0	44,0	44,0	33,0
Trier	4 799	54,70	1 548	17,64	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3	32,3
Wittlich	2 769	53,36	831	16,01	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
RB Trier	20 478	54,90	6 829	18,31	33,3	34,9	34,9	34,9	34,9	31,0
Oberwesterwald-Kreis	3 360	51,75	1 610	24,80	47,9	50,0	50,0	50,0	50,0	40,0
St. Goarshausen	3 926	69,54	1 531	27,12	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Unterlahn-Kreis	3 240	56,54	1 296	22,62	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Unterwesterwald-Kreis	5 357	72,40	1 982	26,80	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
RB Montabaur	15 883	62,87	6 419	25,41	40,4	41,5	41,5	41,5	41,5	39,0
Alzey	3 911	63,15	1 525	24,63	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Bingen	7 453	103,75	1 975	27,49	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Mainz	5 099	72,84	1 389	19,83	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2	27,2
Worms	3 524	72,93	1 190	24,62	33,8	34,0	34,0	34,0	34,0	26,0
RB Rheinhessen	19 988	79,28	6 079	24,11	30,4	31,7	31,7	31,7	31,7	29,7
Bergzabern	2 830	61,14	1 217	26,29	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Frankenthal (Pfalz)	4 586	81,81	2 018	36,00	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Germersheim	4 601	60,36	1 841	24,14	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kaiserslautern	5 911	58,62	2 246	22,28	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Kirchheimbolanden	2 567	73,70	1 510	43,35	58,3	50,0	50,0	65,0	50,0	50,0
Kusel	4 204	56,60	1 597	21,51	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Landau i.d. Pfalz	3 549	59,18	1 278	21,30	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Ludwigshafen a. Rhein	2 282	53,90	753	17,79	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0	33,0
Neustadt a.d. Weinstraße	6 689	69,97	2 007	20,99	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Pirmasens	5 134	67,38	1 951	25,60	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Rockenhausen	2 156	52,55	905	22,07	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Speyer	1 676	48,98	670	19,59	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Zweibrücken	1 504	51,23	677	23,06	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
RB Pfalz	47 689	62,16	18 670	24,33	39,1	39,8	39,8	40,9	39,8	39,8
Land Rheinland-Pfalz	170 466	66,78	60 140	23,56	35,3	36,8	36,8	36,9	36,5	34,5

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) Vergnügungssteuer.

**Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 ***

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der				
						Steuerkraftzahlen		Schlü- sselzu- weisun- gen gem. § 10 1b FAG	Schlü- sselzu- weisun- gen gem. § 10 1a FAG	
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Grund- steuer A	Gewer- be- steuer B			
Baden-Württemberg										
Aalen	17 204	122,44	3 613	25,71	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Backnang	11 667	133,23	2 333	26,65	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Böblingen	29 759	213,72	5 059	36,33	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
Crailsheim	6 709	104,84	1 342	20,97	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Eßlingen	32 139	164,87	5 046	25,88	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7
Göppingen	33 474	168,03	5 356	26,88	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0	16,0
Heidenheim	19 116	171,75	3 537	31,77	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Heilbronn	18 601	115,85	3 348	20,85	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
Künzelsau	3 803	122,57	704	22,68	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Leonberg	12 755	133,35	2 232	23,34	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5
Ludwigsburg	38 966	163,45	6 624	27,79	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0
Mergentheim	4 594	113,27	919	22,65	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Nürtingen	21 721	168,75	4 670	36,28	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5
Öhringen	4 588	105,76	964	22,21	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Schwäbisch Gmünd	13 336	134,23	2 467	24,83	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Schwäbisch Hall	7 086	119,68	992	16,75	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0	14,0
Ulm	8 739	106,62	1 835	22,39	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Vaihingen	9 699	132,53	2 328	31,81	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Waiblingen	27 694	148,18	5 262	28,15	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
RB Nordwürttemberg	321 651	147,84	58 630	26,95	18,2	18,9	18,9	18,9	18,9	18,9
Bruchsal	14 417	123,78	2 883	24,76	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Buchen	6 393	103,10	1 854	29,90	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
Heidelberg	17 836	123,14	3 924	27,09	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Karlsruhe	19 136	117,38	3 444	21,13	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
Mannheim	20 565	132,10	3 804	24,44	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5	18,5
Mosbach	6 873	108,59	1 924	30,41	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
Pforzheim	7 697	123,26	1 924	30,82	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Sinsheim	7 902	104,71	1 975	26,18	25,9	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Tauberbischofsheim	8 462	111,54	2 454	32,35	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
RB Nordbaden	109 280	118,90	24 188	26,32	22,1	23,8	23,8	23,8	23,8	23,8
Bühl	9 024	114,12	2 076	26,25	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Donaueschingen	7 660	116,63	1 532	23,33	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Emmendingen	10 504	103,77	2 206	21,79	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Freiburg	6 802	89,85	1 564	20,67	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der				
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10 1b FAG	Schlüs- selzu- weisun- gen gem. § 10 1a FAG	
						Grund- steuer A	Gewer- be- steuer B			
Hochschwarzwald	5 251	123,62	1 313	30,91	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Kehl	5 845	110,77	1 169	22,15	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Konstanz	24 142	154,11	5 311	33,90	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Lahr	9 245	116,22	1 988	24,99	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5	21,5
Lörrach	20 449	151,92	4 294	31,90	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Müllheim	6 312	116,81	1 389	25,70	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Offenburg	12 806	129,77	2 689	27,25	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Rastatt	18 861	164,62	4 244	37,04	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5	22,5
Säckingen	10 959	169,01	2 082	32,11	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Stockach	5 155	112,50	1 083	23,62	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Überlingen	6 307	109,30	1 324	22,95	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Villingen	14 559	177,58	3 203	39,07	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0	22,0
Waldshut	8 731	133,91	2 008	30,80	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Wolfach	7 169	137,55	1 290	24,76	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
RB Südbaden	189 781	133,40	40 765	28,65	21,5	21,4	21,4	21,4	21,4	21,4
Balingen	15 641	161,03	3 597	37,04	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Biberach	12 339	125,25	2 468	25,05	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Calw	13 659	116,27	2 732	23,25	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Ehingen	5 504	127,95	1 156	26,68	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Freudenstadt	7 996	136,48	1 159	19,79	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5	14,5
Hechingen	6 329	125,50	1 202	23,84	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Horb	4 449	106,23	1 112	26,56	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
Münsingen	3 781	96,68	794	20,30	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0	21,0
Ravensburg	14 475	138,51	2 750	26,32	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
Reutlingen	27 729	176,37	4 298	27,34	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5	15,5
Rottweil	17 811	146,42	3 206	26,35	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
Saulgau	7 240	110,36	1 665	25,38	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0	23,0
Sigmaringen	5 714	118,87	1 371	28,53	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0	24,0
Tettnang	9 442	129,20	1 847	25,27	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6
Tübingen	15 985	129,45	1 790	14,50	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2	11,2
Tuttlingen	11 172	144,99	2 011	26,10	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
Wangen	8 449	121,32	2 112	30,33	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0
RB Südwürttemberg- Hohenzollern	187 715	135,36	35 272	25,44	18,8	19,8	19,8	19,8	19,8	19,8
Land Baden-Württemberg	808 427	136,92	158 856	26,91	19,6	20,6	20,6	20,6	20,6	20,6

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke und Land: Einfacher Durchschnitt.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			Schlüsselzu- wei- sun- gen
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer ²⁾	
						Grundsteuer A	B		
Bayern									
Aichach	2 424	61,72	970	24,70	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Altötting	10 885	144,04	4 154	54,97	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
Bad Aibling	3 130	73,49	1 565	36,75	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Bad Tölz	3 399	91,18	1 359	36,46	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Berchtesgaden	2 930	73,34	1 374	34,39	46,9	57,0	49,0	49,0	23,0
Dachau	6 180	92,46	2 781	41,61	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Ebersberg	3 204	58,49	1 538	28,07	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Erding	4 139	61,92	1 987	29,73	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Freising	3 269	67,88	1 847	38,35	56,5	56,5	56,5	56,5	56,5
Fürstenfeldbruck	4 926	59,61	2 118	25,63	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Garmisch-Partenkirchen	6 993	118,74	1 818	30,87	26,0	26,0	26,0	26,0	26,0
Ingolstadt	2 607	54,99	1 444	30,46	55,4	60,0	60,0	55,0	50,0
Landsberg a. Lech	2 197	52,22	931	22,13	42,4	45,0	45,0	40,0	40,0
Laufen	2 848	54,22	1 175	22,37	41,3	41,3	41,3	41,3	41,3
Miesbach	5 934	86,26	2 530	36,78	42,6	43,0	42,0	43,0	41,0
Mühldorf	4 527	76,41	2 224	37,54	49,1	53,0	53,0	48,0	40,0
München	9 467	84,49	3 834	34,22	40,5	40,5	40,5	40,5	40,5
Pfaffenhofen a.d. Ilm	3 514	70,90	1 792	36,16	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Rosenheim	5 314	64,80	2 551	31,11	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Schongau	3 348	88,39	1 373	36,25	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Schrobenhausen	1 801	62,73	843	29,36	46,8	46,8	46,8	46,8	46,8
Starnberg	5 437	76,88	2 229	31,52	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Traunstein	6 544	79,67	3 106	37,81	47,5	70,0	50,0	43,0	30,0
Wasserburg a. Inn	2 997	61,13	1 498	30,56	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Weilheim	5 043	75,59	2 192	32,86	43,5	45,0	45,0	44,0	35,0
Wolfratshausen	3 287	73,25	1 643	36,61	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
RB Oberbayern	116 346	77,23	50 878	33,77	43,7	46,8	45,7	44,9	42,4
Bogen	1 417	40,26	892	25,35	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Deggendorf	2 444	46,58	1 344	25,61	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Dingolfing	2 585	75,75	1 706	49,99	66,0	66,0	66,0	66,0	66,0
Eggenfelden	2 561	53,69	1 332	27,93	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Grafenau	1 886	67,07	1 132	40,26	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Griesbach i. Rottal	2 661	65,54	1 463	36,03	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Kelheim	3 970	79,03	1 866	37,14	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Kötzting	1 352	42,73	676	21,36	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Landau a.d. Isar	1 704	54,53	1 048	33,54	61,5	61,5	61,5	61,5	61,5
Landshut	2 270	57,34	1 430	36,12	63,0	63,0	63,0	63,0	63,0
Mainburg	1 683	80,49	1 041	49,78	61,8	61,8	61,8	61,8	61,8
Mallersdorf	1 832	60,93	1 163	38,68	63,5	63,5	63,5	63,5	63,5
Passau	3 523	58,88	1 586	26,51	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Pfarrkirchen	3 332	66,35	1 900	37,84	57,0	59,0	59,0	59,0	40,0
Regen	2 335	54,36	1 168	27,19	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Rottenburg	1 251	55,52	760	33,73	60,7	62,0	62,0	62,0	50,0
Straubing	1 515	52,94	1 030	35,99	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0
Viechtach	1 382	46,46	691	23,23	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Vilsbiburg	2 064	55,96	1 094	29,66	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Vilshofen	2 680	50,28	1 742	32,68	65,0	65,0	65,0	65,0	65,0
Wegscheid	1 274	55,42	866	37,67	68,0	68,0	68,0	68,0	68,0
Wolfstein	1 857	45,83	1 021	25,20	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
RB Niederbayern	47 577	57,36	26 951	32,49	56,6	57,9	57,9	57,9	56,4

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- be- steuer ²⁾	Schlüs- selzu- weisun- gen
						Grundsteuer			
						A	B		
Amberg	2 977	66,89	1 459	32,78	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Beilngries	819	50,87	410	25,47	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Burglengenfeld	4 367	96,57	2 402	53,12	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Cham	1 957	51,62	978	25,81	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Eschenbach i.d.OPf.	1 722	50,40	844	24,70	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Kemnath	1 100	52,41	528	25,15	48,0	56,0	56,0	46,5	42,0
Nabburg	1 826	64,92	1 105	39,29	60,5	66,0	66,0	66,0	40,0
Neumarkt i.d.OPf.	1 571	44,27	770	21,70	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Neunburg vorm Wald	865	53,05	450	27,59	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Neustadt a.d.Waldnaab	3 700	70,90	1 861	35,67	50,3	59,0	59,0	48,0	48,0
Oberviechtach	612	43,05	318	22,39	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Parsberg	1 666	47,29	833	23,64	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Regensburg	4 211	50,37	2 021	24,19	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Riedenburg	812	48,59	414	24,79	51,0	51,0	51,0	51,0	51,0
Roding	1 273	42,41	645	21,51	50,7	50,7	50,7	50,7	50,7
Sulzbach-Rosenberg	2 232	68,82	915	28,23	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Tirschenreuth	3 785	66,76	1 904	33,59	50,3	50,3	50,3	50,3	50,3
Vohenstrauß	1 448	58,83	796	32,36	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0
Waldmünchen	779	48,68	405	25,31	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
RB Oberpfalz	37 723	58,89	19 059	29,76	50,5	51,8	51,8	50,8	49,2
Bamberg	4 810	58,99	2 468	30,27	51,3	55,0	55,0	50,0	50,0
Bayreuth	2 751	59,19	1 156	24,85	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Coburg	4 988	75,18	1 896	28,57	38,0	38,0	38,0	38,0	38,0
Ebermannstadt	1 166	44,96	581	22,39	49,8	49,8	49,8	49,8	49,8
Forchheim	1 902	46,19	905	21,99	47,6	47,6	47,6	47,6	47,6
Höchstadt a.d.Aisch	2 600	58,40	1 011	22,71	38,9	53,0	53,0	34,0	34,0
Hof	2 899	88,34	1 044	31,80	36,0	36,0	36,0	36,0	36,0
Kronach	5 112	65,43	2 045	26,17	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kulmbach	2 604	74,62	1 251	35,85	48,0	47,0	47,0	49,0	45,0
Lichtenfels	5 672	107,94	2 269	43,17	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Münchberg	4 186	100,58	1 599	38,43	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
Naila	3 380	94,66	1 386	38,81	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Pegnitz	2 517	69,98	1 183	32,29	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Rehau	2 413	88,00	1 086	39,60	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Stadtsteinach	1 155	56,64	462	22,65	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Staffelstein	1 272	50,75	623	24,87	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Wunsiedel	4 778	81,37	1 840	31,33	38,5	38,5	38,5	38,5	38,5
RB Oberfranken	54 207	72,34	22 803	30,43	42,1	43,9	43,9	42,7	42,4

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Um- lage- kraft	Steuerkraftzahlen		Gewer- bo- steuer ²⁾	Schlüs- selzu- weisun- gen
						Grundsteuer A	B		
Ansbach	2 656	52,32	1 318	25,96	49,6	53,0	53,0	48,0	48,0
Dinkelsbühl	2 282	67,98	970	28,89	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5
Eichstätt	1 460	50,29	684	23,56	46,8	48,0	48,0	40,0	40,0
Erlangen	2 209	72,90	881	29,09	39,9	39,9	39,9	39,9	39,9
Feuchtwangen	1 989	58,65	821	24,23	41,3	50,0	48,0	38,0	38,0
Fürth	4 532	73,86	1 813	29,55	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Gunzenhausen	2 187	56,32	1 137	29,29	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Hersbruck	2 306	72,08	1 095	34,24	47,5	47,5	47,5	47,5	47,5
Hilpoltstein	1 526	49,35	672	21,72	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Lauf (Pegnitz)	5 983	124,64	2 692	56,09	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Neustadt a.d. Aisch	2 530	62,33	1 164	28,67	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Nürnberg	3 448	68,20	1 586	31,37	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Rothenburg o.d.T.	905	47,57	480	25,21	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0
Scheinfeld	1 151	55,48	564	27,19	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schwabach	3 893	71,00	1 830	33,37	47,0	47,0	47,0	47,0	47,0
Uffenheim	2 312	61,53	1 156	30,76	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Weißenburg i. Bay.	1 995	55,39	898	24,92	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
RB Mittelfranken	43 365	66,92	19 761	30,49	45,6	46,9	46,8	45,5	45,5
Alzenau i. Ufr.	2 579	56,53	960	21,03	37,2	45,0	45,0	35,0	35,0
Aschaffenburg	4 396	65,20	1 319	19,56	30,0	30,0	30,0	30,0	30,0
Bad Kissingen	1 808	43,57	1 013	24,40	56,0	56,0	56,0	56,0	56,0
Bad Neustadt a.d. Saale	2 820	84,69	1 297	38,96	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Brückenau	1 180	62,49	508	26,92	43,1	50,0	50,0	40,0	40,0
Ebern	1 479	60,27	747	30,44	50,5	50,5	50,5	50,5	50,5
Gemünden	1 173	56,41	504	24,25	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Gerolzhofen	2 390	61,27	1 195	30,63	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Hammelburg	1 246	49,44	748	29,67	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0
Haßfurt	2 577	60,01	1 198	27,91	46,5	46,5	46,5	46,5	46,5
Hofheim i. Ufr.	917	49,52	437	23,59	47,6	54,0	54,0	43,0	43,0
Karlstadt	2 692	68,38	1 184	30,09	44,0	44,0	44,0	44,0	44,0
Kitzingen	1 908	52,13	992	27,11	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Königshofen i. Grabfeld	916	52,20	476	27,15	52,0	52,0	52,0	52,0	52,0
Lohr a. Main	2 278	67,64	1 139	33,83	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Marktheidenfeld	2 490	62,76	1 133	28,56	45,5	45,5	45,5	45,5	45,5
Mellrichstadt	1 182	53,83	477	21,72	40,3	44,5	44,5	39,0	36,0
Miltenberg	2 461	69,92	1 181	33,56	48,0	48,0	48,0	48,0	48,0
Obernburg	5 388	97,90	2 155	39,16	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Ochsenfurt	2 844	80,69	1 394	39,55	49,0	49,0	49,0	49,0	49,0
Schweinfurt	2 975	48,83	1 101	18,07	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Würzburg	3 400	49,55	986	14,37	29,0	29,0	29,0	29,0	29,0
RB Unterfranken	51 103	62,20	22 146	26,95	43,3	46,5	46,5	44,8	44,7

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirke: Einfacher Durchschnitt. - 2) Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

Umlagekraft, Umlagebedarf und Umlageanspannung der Landkreise
im Rechnungsjahr 1960 *

Landkreis	Umlagekraft (Umlage- grundlage)		Umlagebedarf (Umlagesoll)			Umlagesatz ¹⁾ in % der			
	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	1 000 DM	DM je Ein- woh- ner	in % d. Umlage- kraft	Steuerkraftzahlen		Schlüs- selzu- weisun- gen	
						Grundsteuer A	Gewer- be- steuer 2)		
Augaburg	8 794	87,21	2 790	27,67	31,7	31,7	31,7	31,7	31,7
Dillingen a.d. Donau	3 858	75,37	1 620	31,65	42,0	42,0	42,0	42,0	42,0
Donauwörth	3 279	59,09	1 230	22,16	37,5	37,5	37,5	37,5	37,5
Friedberg	2 775	73,52	1 249	33,09	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Füssen	2 530	73,09	987	28,51	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Günzburg	2 941	59,99	973	19,84	33,1	35,0	35,0	32,2	32,2
Illertissen	3 221	82,16	1 289	32,87	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Kaufbeuren	2 139	60,04	973	27,32	45,5	45,5	45,5	45,5	45,5
Kempen (Allgäu)	4 339	85,48	1 605	31,63	37,0	37,0	37,0	37,0	37,0
Krumbach (Schwaben)	2 447	72,06	1 003	29,55	41,0	41,0	41,0	41,0	41,0
Lindau (Bodensee)	2 978	76,05	1 370	34,99	46,0	46,0	46,0	46,0	46,0
Marktoberdorf	3 699	97,08	1 588	41,75	43,0	43,0	43,0	43,0	43,0
Memmingen	3 684	77,17	1 658	34,72	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Mindelheim	3 939	77,53	1 576	31,01	40,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Neuburg a.d. Donau	2 522	64,23	1 072	27,29	42,5	42,5	42,5	42,5	42,5
Neu-Ulm	3 357	69,57	1 309	27,13	39,0	39,0	39,0	39,0	39,0
Nördlingen	1 832	52,13	1 017	28,93	55,5	55,5	55,5	55,5	55,5
Schwabmünchen	3 015	65,45	1 191	25,85	39,5	39,5	39,5	39,5	39,5
Sonthofen	5 886	87,48	2 619	38,93	44,5	44,5	44,5	44,5	44,5
Wertingen	3 290	105,28	1 502	48,07	45,7	60,0	60,0	42,0	42,0
RB Schwaben	70 520	75,70	28 620	30,73	40,6	42,7	42,7	41,6	41,6
Land Bayern	420 842	68,69	190 218	31,04	45,2	48,2	48,0	47,0	46,1
Saarland									
Saarbrücken	32 465	126,80	2 191	8,56	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
Saarlouis	24 225	132,12	1 454	7,93	6,0	6,0	6,0	6,0	6,0
Merzig-Wadern	11 609	128,88	929	10,31	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Ottweiler	19 546	120,23	1 306	8,03	6,7	6,7	6,7	6,7	6,7
St. Wendel	9 979	116,59	431	5,03	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
St. Ingbert	9 091	129,88	727	10,39	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
Homburg	8 250	110,77	644	8,64	7,8	7,8	7,8	7,8	7,8
Land Saarland	115 165	124,89	7 681	8,33	6,7	6,8	6,8	6,8	6,8

* Für 12 Monate berechnet.

1) Für Regierungsbezirk und Land: Einfacher Durchschnitt. - 2) In Bayern: Einschl. Verwaltungskostenzuschüsse von Bundespost und Bundesbahn, einschl. Spielbankabgabe.

D. Anhang

Gesetzliche Bestimmungen der Länder des Bundesgebietes über die Erhebung der Kreisumlage für das Rechnungsjahr 1960

(Auszüge aus den Finanzausgleichsgesetzen der Länder)

Schleswig-Holstein

Gesetz über den Finanzausgleich in Schleswig-Holstein (Finanzausgleichsgesetz) in der Fassung vom 25. März 1960

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 23 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Kreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird für jedes Rechnungsjahr in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen (§ 9) sowie 65 vH der allgemeinen Schlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 2), jedoch ohne die Sonderschlüsselzuweisungen (§ 7 Abs. 3).

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Der Umlagesatz der Schlüsselzuweisungen darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde außerdem dann, wenn ein Umlagesatz auf mehr als ein Drittel festgelegt werden soll. Der Innenminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Genehmigungspflicht für die Höhe der Umlagesätze abweichend von Satz 1 festzusetzen, wenn den Kreisen oder Gemeinden durch Gesetz neue Aufgaben übertragen oder ihre bestehenden Pflichten erweitert oder vermindert werden und sich dadurch das Verhältnis der Ausgabenbelastung zwischen Kreisen und Gemeinden wesentlich verändert.

(5) Die geltenden Bestimmungen über die Mehr- und Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt.

(6) Die Kreisumlage ist monatlich zu zahlen. Für rückständige Beträge können mit Zustimmung des Innenministers Verzugszinsen erhoben werden.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 9 Abs. 1 bis 3 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 140 vH der Meßbeträge,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken
140 vH der ersten 20 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
160 vH der weiteren 100 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
200 vH der weiteren 400 000 Deutschen Mark der Meßbeträge,
250 vH der weiteren Meßbeträge,
3. 70 vH der gemäß § 13 dieses Gesetzes gewährten Grundsteuer-
ausfallentschädigung,
4. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital 210 vH der Meß-
beträge. Die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden mit 50 vH
des im vergangenen Kalenderjahr gezahlten Betrages von den
Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und mit
25 vH den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt.

(3) Wenn die Summe der Mehrbelastung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in einer Gemeinde seit dem 1. Januar 1935 durch Umlagen von Deichverbänden und Wasser- und Bodenverbänden mehr als 40 vH der Summe der Steuermeßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in der Gemeinde beträgt, so ermäßigt sich die Steuerkraftzahl für diese Steuer um 20 vH des Mehrbetrages. Der Berechnung der Mehrbelastung ist der Jahresbetrag der Umlagen nach dem Stand vom 1. Dezember 1958 zugrunde zu legen. Die Vorschriften gelten entsprechend für die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer von den Grundstücken mit der Maßgabe, daß bei Gemeinden mit mehr als 2 000 Einwohnern an die Stelle von 40 vH der Steuermeßbeträge der Satz von 60 vH tritt.

III. Meßbeträge

§ 9 Abs. 4 FAG

(4) Als Meßbeträge sind anzusetzen:

1. Die Meßbeträge der Grundsteuer nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse vom 1. August des vergangenen Jahres.

Hiervon werden abgezogen:

- a) die Meßbeträge, welche auf die im vergangenen Kalenderjahr gemäß §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519) erlassenen Grundsteuern entfallen,

- b) die Meßbeträge, welche im letzten Anschreibungsjahr mit rückwirkender Kraft von den Finanzämtern als Abgänge angeschrieben sind, soweit die Rückwirkung in der Abschlußsumme des vergangenen Jahres nicht berücksichtigt ist.

Voraussetzung für den Abzug ist, daß die Meßbeträge zu a) und b) zusammen mehr als 5 vH der Summe der Meßbeträge nach dem Abschluß der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse im vergangenen Jahr betragen.

2. Die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen an Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im Zeitraum vom 1. Oktober des vorvergangenen bis 30. September des vergangenen Jahres durch den Hebesatz für das vergangene Rechnungsjahr geteilt wird. Der Innenminister ist im Einvernehmen mit dem Finanzminister ermächtigt zu bestimmen, von welchem Zeitpunkt ab die Gewerbesteuermeßbeträge nach den von den Finanzämtern geführten Meßbetragsverzeichnissen zu berechnen sind; für eine Übergangszeit kann neben den Meßbetragsverzeichnissen noch das Istaufkommen als Grundlage hinzugezogen werden. Der Innenminister erläßt im Einvernehmen mit dem Finanzminister die Richtlinien über die Berechnung der Gewerbesteuermeßbeträge.

Niedersachsen

Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz - NFAG - in der Fassung vom 23. April 1957

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 38 NFAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr (Umlagejahr) neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) festgesetzten Steuerkraftzahlen (§§ 5 bis 7) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen, die sie für das Umlagejahr zu beanspruchen haben (§§ 2 bis 9). Die Summe dieser Umlagegrundlagen ergibt die Umlagekraftmeßzahl. Soweit die Meßbeträge aus dem Grund- oder Gewerbesteuer-Istaufkommen zu ermitteln sind, ist - abweichend von § 6 Abs. 3 und 4 - das Istaufkommen des vergangenen Rechnungsjahres zugrunde zu legen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Kreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und den Schlüsselzuweisungen (einschließlich Sonderzuweisungen - § 9 -) als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Minister des Innern kann Ausnahmen zulassen.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und Gutsbezirke können mit einem besonderen Umlagesatz zur Kreisumlage herangezogen werden, soweit ihre Belastung durch die Kreisumlage und die sonstigen öffentlichen Lasten insgesamt der durchschnittlichen Anspannung der Realsteuern in den Gemeinden des Landkreises nicht entspricht.

(5) Die Umlagesätze können im Laufe des Umlagejahres einmal geändert werden. Die Nachtragshaushaltssatzung über die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 15. November beschlossen und die Änderung den Umlagepflichtigen unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Umlagejahres zurück.

(6) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

§ 39 Abs. 1 und 2 NFAG

(1) Wenn Einrichtungen des Kreises einzelnen kreisangehörigen Gemeinden in besonders hohem oder besonders geringem Maße zugute kommen, kann der Kreis, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, diese Unterschiede bei der Heranziehung zur Kreisumlage angemessen berücksichtigen. Soweit es sich hierbei um soziale Einrichtungen handelt, ist der Kreis zur Berücksichtigung verpflichtet.

(2) Bei der Heranziehung zur Kreisumlage kann, soweit nicht gesetzliche Sonderregelungen, vertragliche Vereinbarungen oder andere Rechtstitel entgegenstehen, auch die außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden, die einzelnen kreisangehörigen Gemeinden daraus erwächst, daß sie Einrichtungen unterhalten, die auch der übrigen Bevölkerung des Kreises oder einzelnen Kreisteilen in besonderem Maße zustatten kommen. Der Landkreis ist bei sozialen Einrichtungen zur Berücksichtigung verpflichtet, wenn er den Antrag einer Gemeinde, die Einrichtung auf den Kreis zu übernehmen oder sie nach Maßgabe des Zweckverbandsgesetzes gemeinschaftlich mit der Gemeinde zu unterhalten, abgelehnt hat. Treffen Gemeinden nach Inkrafttreten dieses Gesetzes Einrichtungen der in Absatz 2, Satz 2 genannten Art, so entsteht eine Ausgleichsverpflichtung des Kreises nur auf Grund entsprechender Vereinbarungen. Das gilt auch für die Erweiterung oder wesentliche Veränderung bestehender Einrichtungen.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 5 NFAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl (§ 2 Abs. 3) wird gefunden, indem die Meßbeträge der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit besonderen Durchschnittshebesätzen vervielfältigt und als Steuerkraftzahlen zusammengezählt werden.

(2) Für die Berechnung der Steuerkraftmeßzahl (Absatz 1) werden als Steuerkraftzahl angesetzt

vom Hundert

- | | |
|---|-----|
| a) Bei der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) die Meßbeträge mit | 100 |
| b) bei der Grundsteuer B (von den Grundstücken) | |
| die ersten 20 000 Deutsche Mark | |
| der Meßbeträge mit | 120 |
| die weiteren 100 000 Deutsche Mark | |
| der Meßbeträge mit | 160 |
| die weiteren 400 000 Deutsche Mark | |
| der Meßbeträge mit | 200 |
| die weiteren 4 000 000 Deutsche Mark | |
| der Meßbeträge mit | 220 |
| die weiteren Meßbeträge mit | 240 |
| c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit | 200 |

(3) In den Fällen des Grundsteuerausgleichs gemäß § 37 der Grundsteuer-Durchführungsverordnung werden die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Beteiligungsbetrag für das dem Abschluß der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse vorausgegangene Rechnungsjahr berechnet worden ist, von den Grundsteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. b) der Sitzgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Belegenheitsgemeinden hinzugefügt.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden mit 50 vom Hundert ihres Betrags von den Gewerbesteuermeßbeträgen (Absatz 2 Buchst. c) der Betriebsgemeinden abgesetzt und den Meßbeträgen der Wohngemeinden hinzugefügt.

III. Meßbeträge

§ 6 NFAG

(1) Die Meßbeträge der Grundsteuer A (von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) und B (von den Grundstücken) sind den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen nach dem Stande vom 15. November des vergangenen Rechnungsjahres zu entnehmen.

(2) Soweit die in den Grundsteuermeßbetragsverzeichnissen enthaltenen Meßbeträge auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe, auf Grundstücke oder Grundstücksteile, deren Grundsteuer ganz oder teilweise auf Grund der §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (Bundesgesetzblatt I S. 519) sowie der Grundsteuererlaßverordnung vom 26. März 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 209) erlassen werden mußte, entfallen und die Summe dieser Meßbeträge größer ist als 5 vom Hundert der Abschlußsumme der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse, sind die übersteigenden Meßbeträge auf Antrag von der Abschlußsumme abzusetzen. Anträge auf Absetzung sind innerhalb eines Monats nach dem

Abschlußtag der Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnisse (Absatz 1) bei der vom Minister der Finanzen zu bestimmenden Stelle einzureichen.

(3) Die Grundsteuermeßbeträge der kriegszerstörten kreisfreien Städte, denen schlüsselmäßige Wiederaufbauzuschüsse gewährt werden (§ 20), sind auf Antrag nicht den Grundsteuer-Meßbetragsverzeichnissen (Absätze 1 und 2) zu entnehmen, sondern in der Weise zu errechnen, daß das Istaufkommen der Grundsteuer A und B im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(4) Die Gewerbesteuermeßbeträge sind so zu errechnen, daß das Istaufkommen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital im vorvergangenen Rechnungsjahr durch den für den gleichen Zeitraum geltenden Hebesatz geteilt wird.

(5) Als Grund- und Gewerbesteuer-Istaufkommen (Absätze 3 und 4) rechnen alle in den Kassenbüchern des maßgebenden Rechnungsjahres (einschließlich Auslaufbuchungen) vereinnahmten Grund- und Gewerbesteuern ohne Rücksicht darauf, für welchen Zeitraum sie gezahlt worden sind.

Nordrhein-Westfalen

Gesetz zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für das Rechnungsjahr 1960 vom 6. April 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 20 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises den Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden, gemeindefreien Grundstücken und Gutsbezirken zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke, Gutsbezirke) geltenden Steuerkraftzahl (§ 6) sowie in einem Hundertsatz der Schlüsselzuweisungen bemessen.

(3) Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern und der Grundsteuerergänzungszuschüsse und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze), verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Bei stärkerer Abweichung eines Umlagesatzes bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

(4) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde außerdem dann, wenn der Umlagesatz auf mehr als 30 vH festgesetzt oder gegenüber dem Vorjahr erhöht werden soll.

(5) Die Bestimmungen über die Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreisteile bleiben unberührt mit der Maßgabe, daß in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Preußischen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes und in § 21 Satz 1 des Lippischen Gemeindeabgabengesetzes in der zur Zeit geltenden Fassung das Wort "kann" durch das Wort "soll" ersetzt wird.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 6 Abs. 1 und 2 a, b, c 1. Absatz und d FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt

a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 80 vH;

b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM	der Meßbeträge mit	120 vH,
die weiteren	100 000 DM	der Meßbeträge mit	160 vH,
die weiteren	400 000 DM	der Meßbeträge mit	200 vH,
die weiteren	4 000 000 DM	der Meßbeträge mit	220 vH,
die weiteren Meßbeträge mit			240 vH;

c) die nach § 3 Abs. 1 Buchst. a zu gewährenden Grundsteuerergänzungszuschüsse;

d) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital das durch den Hebesatz für das dem Finanzausgleichsjahr voraufgegangene Kalenderjahr geteilte und auf einen Hebesatz von 200 vH umgerechnete Ist-Aufkommen in diesem Kalenderjahr, vermehrt um die Hälfte der Ist-Einnahmen und vermindert um die vollen Ist-Ausgaben an Gewerbesteuer- ausgleichsbeträgen.

III. Meßbeträge

§ 6 FAG, Abs. 2 c 2. Absatz

Der Berechnung zu Buchstabe a und b (§ 6 Abs. 2 FAG) sind die von den Finanzämtern in dem letzten, vor Beginn des Finanzausgleichsjahres endenden Anschreibungsjahr angesprochenen Grundsteuermeßbeträge zugrunde zu legen, nach Abzug der Meßbeträge, die auf die wegen Kriegszerstörungen oder Demontagen in dem vorletzten Rechnungsjahr vor Beginn des Finanzausgleichsjahres erlassene Grundsteuer entfallen. (Wegen Gewerbesteuer von Ertrag und Kapital siehe unter II. (2) d.).

Hessen

Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) vom 6. April 1960

Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1960 zum Finanzausgleichsgesetz vom 6. April 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 14 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen der Landkreise zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, haben die Landkreise eine Kreisumlage von ihren Gemeinden und den gemeindefreien Grundstücken zu erheben.

(2) Umlagegrundlagen sind:

1. Die Steuerkraftmeßzahlen gemäß § 7 mit der Maßgabe, daß die Gewerbesteuerzuschüsse in voller Höhe den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt werden; sie werden um den Betrag erhöht, um den die Steuerkraftmeßzahlen einzelner Gemeinden 170 vom Hundert der Bedarfsmeßzahlen übersteigen; dies gilt nicht, wenn in dem Rechnungsjahr, für das die Kreisumlage beschlossen wird, die Steuerkraftmeßzahl der Gemeinde 170 vom Hundert der Bedarfsmeßzahl nicht mehr übersteigt.
2. Drei Viertel der Gemeindeschlüsselzuweisungen. Änderungen auf Grund des § 8 Abs. 5 bleiben unberücksichtigt.
3. Die Einnahmen der Gemeinden an Vergnügungsteuer in den letzten 12 Monaten vor dem 1. Oktober des dem Ausgleichsjahr vorangehenden Kalenderjahres.

(3) Die Umlagen sollen 32 vom Hundert der Umlagegrundlagen nicht übersteigen. Die Aufsichtsbehörde kann einen höheren Umlagesatz genehmigen. Der Umlagesatz kann nach dem 31. August des jeweils laufenden Rechnungsjahres nicht mehr erhöht werden.

(4) Die gemeindefreien Grundstücke und die Gemeinden, deren Steuerhebesätze erheblich unter dem Kreisdurchschnitt liegen, sind mit einem besonderen Vomhundertsatz der Umlagegrundlagen heranzuziehen.

(5) Das Nähere über das Verhältnis der Umlagesätze und über die Heranziehung der gemeindefreien Grundstücke sowie der Gemeinden, deren Steuerhebesätze unter dem Kreisdurchschnitt liegen, zur Kreisumlage bestimmen der Minister der Finanzen und der Minister des Innern.

Ausführungsbestimmungen für das Rechnungsjahr 1960

Zu § 14 FAG

Abs. 1

Es ist darauf zu achten, daß nur die auf Grund einer sparsamen Haushaltswirtschaft erforderlichen Umlagen erhoben werden.

Abs. 2

Die Ausführungsbestimmungen zu § 7 gelten entsprechend. Anträge auf Berichtigung der Umlagegrundlagen gemäß Nr. 1 letzter Halbsatz sind dem Minister der Finanzen auf dem Dienstwege spätestens bis zum 15.2.1961 vorzulegen.

In diesen Fällen gelten die Ausführungsbestimmungen zu § 6 Abs. 2 und § 7 mit der Maßgabe, daß

- a) der Berechnung der Bedarfsmeßzahlen die Einwohnerzahlen nach den Fortschreibungsergebnissen vom 31.12.1959,
- b) der Berechnung der Steuerkraftzahlen
 - aa) die Meßbeträge der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und den Grundstücken nach dem Stand vom 1.6.1960,
 - bb) die Grundbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1.4.1960 bis 31.12.1960 ermittelt und im Verhältnis 3 : 4 auf ein volles Rechnungsjahr hochgerechnet werden,
 - cc) die Gewerbesteuerausgleichsbeträge nach den vom 1.4.1960 bis 31.12.1960 geleisteten und - wie zu bb - auf ein volles Rechnungsjahr hochgerechneten Zahlungen zugrunde zu legen sind.

Die Einnahmen der Gemeinden und der Landkreise an Vergnügungssteuer sind den kassenmäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik zu entnehmen. Bei der Berechnung der Kreisumlagegrundlagen ist das Aufkommen der Vergnügungssteuer in der Zeit vom 1. Januar 1959 zum 30. September 1959 zu berücksichtigen. Landkreise, die den Haushaltsplan 1960 für ein volles Rechnungsjahr aufstellen, rechnen den sich ergebenden Betrag im Verhältnis 3 : 4 hoch und legen den hochgerechneten Betrag der Veranschlagung der Kreisumlage zugrunde. Landkreise, die den Haushaltsplan 1960 für das Rumpfrechnungsjahr aufstellen, haben das tatsächliche Aufkommen der genannten Periode als Umlagegrundlagen zu verwenden.

Abs. 3 bis 5

- a) Die Landkreise können die Umlagegrundlagen mit unterschiedlichen Hundertsätzen zur Kreisumlage heranziehen. Eine unterschiedliche Heranziehung bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten, wenn der Unterschied zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Hundertsatz mehr als 29 vH des höchsten Umlagesatzes beträgt. Werden die Umlagegrundlagen unterschiedlich zur Umlage herangezogen, sind die Beträge, um die die Umlagegrundlagen nach § 14 Abs. 2 Nr. 1 erhöht werden, mit mindestens 80 vH des höchsten Umlagesatzes zu belasten. Die Schlüsselzuweisungen und die Einnahmen an Vergnügungssteuer dürfen nicht mit dem höchsten Satz zur Umlage herangezogen werden.
- b) Wird der Umlagesatz erhöht, muß die Haushaltssatzung bis 30.8.1960 beschlossen - soweit erforderlich genehmigt - und veröffentlicht worden sein.

- c) Abs. 3 gilt nicht für gemeindefreie Grundstücke. Die Landkreise können den Umlagesatz für die gemeindefreien Grundstücke bis zu 85 vH der Umlagegrundlagen festsetzen. Das gilt auch für die Forstgutsbezirke Reinhardswald, Kaufunger Wald und Spessart. Ruhen andere als Wegebaulasten auf den gemeindefreien Grundstücken, ist der Umlagesatz entsprechend der Belastung herabzusetzen, höchstens jedoch auf den für Gemeinden geltenden Umlagesatz. Wenn sich auf gemeindefreien Grundstücken Gewerbebetriebe befinden, sind bei der Berechnung der Umlagegrundlagen als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer 245 vH der vom zuständigen Finanzamt zuletzt festgesetzten Gewerbesteuermeßbeträge anzusetzen.
- d) Gemeinden, deren Realsteuerhebesätze im Rechnungsjahr 1959 unter dem Kreisdurchschnitt lagen, sind zu einer Sonderumlage heranzuziehen, wenn das Soll-Aufkommen einer Gemeinde aus Grundsteuern, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer im Rechnungsjahr 1959 weniger als 75 vH des Aufkommens betrug, das nach dem einfachen Kreisdurchschnitt 1959 (nicht gewogener Kreisdurchschnitt) der Grundsteuerhebesätze und der Gewerbesteuerhebesätze nach Ertrag und Kapital hätte erzielt werden können. Sollaufkommen ist das Jahresanordnungssoll der Grundsteuer, Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsummensteuer nach der Kassenrechnung des Rechnungsjahres 1959 (§§ 85 bis 89 KuRVO).

Umlagegrundlage für die Sonderumlage ist der Unterschiedsbetrag zwischen Realsteuersollaufkommen 1959 nach den tatsächlichen Hebesätzen der Gemeinde und dem Aufkommen nach den Durchschnittshebesätzen 1959 des Kreises. Der Hebesatz für die Sonderumlage beträgt mindestens 50 vH, höchstens 150 vH des allgemeinen Kreisumlagehebesatzes. Bei unterschiedlicher Heranziehung der Umlagegrundlagen zur Kreisumlage ist von dem durchschnittlichen Hebesatz auszugehen. Der Hebesatz für die Sonderumlage ist in der Haushaltssatzung 1960 bis spätestens zum 30.8.1960 festzusetzen. Auf gemeindefreie Grundstücke ist diese Vorschrift nicht anwendbar.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 7 FAG

Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem für jede Gemeinde die Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden. Es werden angesetzt:

1. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vom Hundert,
2. als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken

die ersten	20 000 DM	der Meßbeträge mit 130 vH,
die weiteren	100 000 DM	der Meßbeträge mit 175 vH,
die weiteren	1 000 000 DM	der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren	2 000 000 DM	der Meßbeträge mit 240 vH,
die weiteren	DM	der Meßbeträge mit 260 vH.

In den Gemeinden des Regierungsbezirks Darmstadt werden für die Feststellung der Steuerkraftzahlen die Meßbeträge der Grundsteuer von den Grundstücken um $\frac{1}{6}$ gekürzt,

3. als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen ermittelt werden, mit 245 vom Hundert. Das Nähere regeln die Ausführungsbestimmungen.

Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und mit einem Drittel den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzugefügt (für Berechnung der Kreisumlage siehe § 14 Abs. 2 Ziff. 1).

III. Meßbeträge

Ausführungsbestimmungen für das Ausgleichsjahr 1960

Zu § 7 FAG

Bei der Berechnung der Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt:

- a) für die Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und für die Grundsteuer der Grundstücke die Meßbeträge nach dem Stand vom 1. Oktober 1959;
- b) für die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Grundbeträge, die nach dem Ist-Aufkommen vom 1. Oktober 1958 bis 30. September 1959 ermittelt werden. Hierbei wird das Ist-Aufkommen jedes Vierteljahres durch den jeweils festgesetzten Hebesatz geteilt. Ist ein Hebesatz geändert, so ist er für die Berechnung des Grundbetrages erst von dem Vierteljahr an zugrunde zu legen, in dem die Änderung beschlossen worden ist;
- c) für die Gewerbesteuerausgleichsbeträge die vom 1. Oktober 1958 bis zum 30. September 1959 geleisteten Zahlungen.

Das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und die Gewerbesteuerausgleichsbeträge werden aus den kassemäßigen Zahlungen nach den Meldungen zur Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen ermittelt.

Rheinland-Pfalz

Landesgesetz über den Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz (Finanzausgleichsgesetz) vom 31. März 1960

Erste Landesverordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 1. Juli 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 21 FAG

(1) Die Kreisumlage, die die Landkreise nach § 26 der Landkreisordnung von den kreisangehörigen Gemeinden und gemeinde-

freien Grundstücken erheben, ist für jedes Rechnungsjahr in der Haushaltssatzung neu festzusetzen. Sie wird bemessen in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen. Umlagegrundlagen sind die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) festgesetzten Steuerkraftzahlen (§ 5), 75 vH der Schlüsselzuweisungen (§ 3), auf die sie im vorangegangenen Rechnungsjahr vor der Kürzung nach § 3 Abs. 3 Anspruch hatten, sowie das Aufkommen an Vergnügungsteuer in den am 30. September des vorangegangenen Kalenderjahres abgelaufenen zwölf Monaten (für 1960 das Kalenderjahr 1959). Die Hundertsätze (Umlagesätze) müssen für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(2) Werden die Umlagesätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern, von der Vergnügungsteuer und den Schlüsselzuweisungen als Kreisumlage erhebt, verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als die übrigen Umlagesätze.

(3) Die Landkreise haben kreisangehörigen Gemeinden, die ein eigenes Jugendamt oder eine eigene Berufsschule unterhalten, im Rahmen ihrer Finanzkraft zu dieser Sonderbelastung auf Antrag eine angemessene Beihilfe zu gewähren. Die Beihilfe ist mit der Kreisumlage zu verrechnen. Kommt zwischen dem Landkreis und der Gemeinde keine Einigung zustande, so entscheidet eine Schiedsstelle, die die Beteiligten vereinbaren.

(4) Wenn die Leistungen, die ein Landkreis gemäß Absatz 3 oder auf Grund besonderer Vereinbarung einer großen kreisangehörigen Stadt gewährt, mehr als 15 vH der Kreisumlage dieser Stadt ausmachen, so ist, sofern der Anteil der Kreisumlage der Stadt sonst mehr als 45 vH des Gesamtaufkommens an Kreisumlage betragen würde, bei der Ermittlung der Umlagekraftmeßzahl des Landkreises (§ 10) die Steuerkraftmeßzahl dieser Stadt im gleichen Verhältnis zu kürzen, wie sich die Kreisumlage der Stadt vermindert.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 5 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird ermittelt, indem die für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuern und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden angesetzt:

- a) bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 140 vH,
- b) bei der Grundsteuer von den Grundstücken
 - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 140 vH,
 - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 175 vH,
 - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 210 vH,
 - die weiteren Meßbeträge mit 230 vH,

- c) bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 240 vH,

Die Gewerbesteuerausgleichzuschüsse werden in voller Höhe von den Steuerkraftzahlen der Betriebsgemeinde abgesetzt und mit 75 vH ihres Betrages den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinde hinzugefügt.

Grundsteuerausgleich in der Pfalz

§ 29 FAG

Solange in der Pfalz gemäß § 37 der Grundsteuerdurchführungsverordnung in der Fassung vom 29. Januar 1952 (BGBl. I S.79) ein Grundsteuerausgleich durchgeführt wird, sind die Grundsteuermeßbeträge, nach denen der Ausgleich berechnet wird, von den Meßbeträgen der zahlenden Gemeinde abzusetzen und den Meßbeträgen der empfangenden Gemeinde zuzusetzen.

III. Meßbeträge

§ 2 Absatz 2, 3 und 4 der Ersten Landesverordnung zu § 5 FAG

(2) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Grundsteuer A und B sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand vom 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Dabei sind Fortschreibungsveranlagungen und Nachveranlagungen, die sich auf Zeiträume beziehen, die vor dem in Satz 1 bezeichneten Termin liegen und bisher nicht berücksichtigt wurden, einzubeziehen. Die Meßbeträge der Ausfälle, die gemäß den §§ 26 a und 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes in dem Rechnungsjahr entstanden sind, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist, sind abzusetzen. Ebenso sind die Meßbeträge für Grundstücke abzusetzen, für die aus anderen als Billigkeitsgründen keine Grundsteuer gezahlt wird. Ersatzleistungen für Grundsteuerausfälle sind - in Meßbeträge umgewandelt - den Meßbeträgen hinzuzurechnen. Für den Grundsteuerausgleich im Regierungsbezirk Pfalz sind die Ausgleichsmeßbeträge zu berücksichtigen, die für das Rechnungsjahr festgesetzt wurden, das dem in Satz 1 genannten Stichtag vorangegangen ist.

(3) Bei der Ermittlung der Steuerkraftzahl für die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital sind die Meßbeträge einschließlich der Zerlegungsanteile zugrunde zu legen, die die Finanzämter nach dem Stand des letzten, vollständig veranlagten Jahres, bis 30. September des dem Ausgleichsjahr vorangegangenen Kalenderjahres dem Statistischen Landesamt mitgeteilt haben. Die für die zurückliegenden Kalenderjahre nachträglich festgesetzten und bisher nicht berücksichtigten Meßbeträge sind einzubeziehen. Das gleiche gilt für nach dem 30. September ermittelte Meßbeträge und Zerlegungsanteile des Erhebungszeitraums, sofern sie die Steuerkraft der Gemein-

de erheblich beeinflussen. Ersatzleistungen für Gewerbesteuer-
ausfälle sind - in Meßbeträge umgewandelt - den Meßbeträgen hin-
zuzurechnen.

(4) Die Gewerbesteuerausgleichszuschüsse sind der Gemeindefi-
nanzstatistik (Ist-Beträge der Jahresrechnungsstatistik) für
das Rechnungsjahr zu entnehmen, das dem in Absatz 3 bezeich-
neten Stichtag vorangegangen ist.

§ 6 der Ersten Landesverordnung

Bei der Bemessung zu § 21 FAG der Kreisumlage bleiben die den
kreisangehörigen Gemeinden und den kreisangehörigen Städten
nach § 3 Abs. 4 FAG zufließenden Beträge außer Betracht.

Baden-Württemberg

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Ge-
meinden sowie den Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg (Fi-
nanzausgleichsgesetz - FAG) vom 21. Januar 1958

Verordnung des Innenministeriums und des Finanzministeriums zur
Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Rechnungsjahr 1960
(FAG DV 1960) vom 28. März 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 19 Abs. 1, 2, 3 und 6 Satz 1 FAG

(1) Maßstab für die Kreisumlage, die Landesfürsorgeumlage, die
Umlage des Landeskommunalverbandes der Hohenzollerischen Lande
sowie für ähnliche Umlagen sind die nach Abs. 2 und Abs. 3 fest-
gestellten Steuerkraftsummen der Gemeinden und Landkreise.

(2) Die Steuerkraftsumme einer Gemeinde für ein Rechnungsjahr
setzt sich zusammen

- a) aus ihrer für das gleiche Rechnungsjahr nach § 14 festge-
stellten Steuerkraft-Meßzahl,
- b) aus 100 vH der Schlüsselzuweisungen und Sonderzuweisungen,
die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. a) und § 11 für
das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind.

(3) Abs. 2 gilt für Stadtkreise entsprechend. Die Steuerkraft-
summe eines Landkreises setzt sich aus den Steuerkraftsummen
seiner Gemeinden zusammen.

(6) Die Kreisumlage ist in einem Hundertsatz (Hebesatz) der
nach Abs. 2 festgestellten Steuerkraftsummen der zum Landkreise
gehörigen Gemeinden festzusetzen.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 14 Abs. 1 bis 3 FAG

- (1) Die Steuerkraft-Meßzahl (§ 10 Abs. 2) setzt sich für jede Gemeinde zusammen aus
- a) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A,
 - b) 150 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer B,
 - c) 290 vH der Summe der für die Gemeinde angeschriebenen Gewerbesteuer-Meßbeträge und Zerlegungsanteile,
 - d) 100 vH der Schlüsselzuweisungen, die der Gemeinde nach § 10 Abs. 1 Buchst. b) für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr zugeflossen sind,
 - e) 100 vH des Zuschusses aus dem kommunalen Notstock für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr, soweit dieser Zuschuß die Grundsteuerausfälle ersetzt.
- (2) Das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen durch Rechtsverordnung
- a) den Stichtag für die Ermittlung der Summe der Grundsteuer-Meßbeträge (Abs. 1 Buchst. a und b),
 - b) den Anschreibungszeitraum, nach dessen Ergebnis die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungsanteile (Abs. 1 Buchst. c) zu ermitteln ist,
 - c) den Zeitraum und die Grundlagen für die Ermittlung des durch die Kriegszerstörung entstandenen Einnahmeausfalls der Grundsteuer (Abs. 1 Buchst. e).
- (3) Vor der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl einer Gemeinde wird die für sie nach Abs. 1 Buchst. c) ermittelte Teilmeßzahl der Gewerbesteuer
- a) erhöht um das Soll der Gewerbesteuer-Ausgleichzuschüsse, die die Gemeinde als Wohngemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr erhalten oder noch zu fordern hat,
 - b) vermindert um das Soll der Gewerbesteuer-Ausgleichzuschüsse, die die Gemeinde als Betriebsgemeinde für das zweitvorangegangene Rechnungsjahr gezahlt oder noch zu zahlen hat.

III. Meßbeträge

§ 5 FAGDV 1960

Zu § 14 Abs. 2 FAG

- (1) Bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl der einzelnen Gemeinde werden zugrunde gelegt:
- 1. die Summe der bis zum 15. November 1959 für die Gemeinde festgesetzten und angeschriebenen Meßbeträge der Grundsteuer A und der Grundsteuer B,

2. die Summe der Gewerbesteuer-Meßbeträge und -Zerlegungsanteile, die für die Gemeinde angeschrieben worden sind,
 - a) bei Gewerbebetrieben natürlicher Personen und bei Gesellschaften im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 1 des Gewerbesteuer-gesetzes in der Zeit vom 1. Februar 1959 bis 30. November 1959,
 - b) bei anderen Unternehmen in der Zeit vom 1. Oktober 1958 bis 30. November 1959,
- (2) Der Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 sind vor dem 1. Oktober 1958 (Buchst. b) bzw. dem 1. Februar 1959 (Buchst. a) für den Erhebungszeitraum (Kalenderjahr) 1957 angeschriebene Meßbeträge oder Zerlegungsanteile insoweit zuzurechnen, als sie nicht bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1959 oder früher berücksichtigt worden sind. Von der Anschreibungs-summe sind solche Teile abzusetzen, die bei der Feststellung der Steuerkraft-Meßzahl für 1959 oder früher berücksichtigt worden sind.
- (3) Die Anschreibungssumme nach Abs. 1 Nr. 2 kann gegen späteren Ausgleich entsprechend ermäßigt werden, wenn ein für die Steuerkraft-Meßzahl der Gemeinde stark ins Gewicht fallender Meßbetrag oder Zerlegungsteil
 - 1) in der Anschreibungssumme oder im Ergebnis einer vorangegan-genen Anschreibung enthalten ist und sich später erheblich ermäßigt hat oder voraussichtlich erheblich ermäßigen wird,
 - 2) für die Erhebungszeiträume 1958 oder 1959 in der Anschrei-bungssumme enthalten ist.
- (4) Vor einer Anordnung im Sinne von Abs. 3 ist die Gemeinde zu hören, bei kreisangehörigen Gemeinden auch der Landkreis.

Bayern

Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz - FAG) in der Fassung vom 29. August 1960

Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzaus-gleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 1960) der Bayerischen Staatsministerien der Finanzen, des In-tern und für Unterricht und Kultur vom 29. August 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 18 FAG

- (1) Die Landkreise legen ihren durch die sonstigen Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die kreisangehörigen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke um (Kreisumlage).
- (2) Die Umlagebeschlüsse bedürfen der Genehmigung der Aufsichts-behörde, wenn das Umlagesoll das des vorausgegangenen Rechnungs-jahres um mehr als 20 vH übersteigt.

(3) Die Kreisumlage wird in Hundertsätzen der Umlagegrundlagen bemessen. Umlagegrundlagen für die Kreisumlage sind die für die kreisangehörigen Gemeinden geltenden Realsteuerkraftzahlen (Art. 23) einschließlich der aus den Grundsteuermeßbeträgen der gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Realsteuerkraftzahlen sowie vier Fünftel der Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden des vorangegangenen Rechnungsjahres. Werden die Hundertsätze, die der Landkreis von den Steuerkraftzahlen der einzelnen Steuern als Kreisumlage erhebt (Umlagesätze) verschieden festgesetzt, so darf der höchste Umlagesatz den niedrigsten um nicht mehr als ein Drittel übersteigen; bei stärkerer Abweichung bedarf der Umlagebeschluß der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Der Umlagesatz, der von den Schlüsselzuweisungen erhoben wird, darf nicht höher sein als der niedrigste Umlagesatz der Steuerkraftzahlen.

Art. 20 FAG

Für einzelne kreisangehörige Gemeinden (gemeindefreie Grundstücke) können je nach Teilnahme an den Vorteilen einer Einrichtung des Landkreises die Hundertsätze nach Art. 18 Abs. 3 mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhöht werden.

Art. 19 Abs. 2 FAG

(2) Die Umlagesätze können im Laufe eines Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung der Umlagesätze muß vor dem 1. Oktober vorgenommen und den kreisangehörigen Gemeinden (den Eigentümern gemeindefreier Grundstücke) unverzüglich mitgeteilt werden. Die Änderung der Umlagesätze wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

Art. 23 FAG

Der Berechnung der Realsteuerkraftzahlen (Art. 4, 16, 18, 21) werden die für die einzelnen Gemeinden und gemeindefreien Grundstücke festgesetzten Meßbetragssummen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zugrunde gelegt. Die Staatsministerien des Innern und der Finanzen treffen die näheren Bestimmungen darüber, wie die Meßbeträge zu ermitteln, mit welchen Hundertsätzen sie anzusetzen sind und wie bei der Gewerbesteuer die Ausgleichszuschüsse zu berücksichtigen sind.

§ 6 Abs. 2 FAGDV 1960

(Ermittlung der Steuerkraftmeßzahl)

(2) dabei werden angesetzt:

- a) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) die Meßbeträge mit 140 vH;

- b) als Steuerkraftzahl der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B)

die ersten	20 000 DM	der Meßbeträge mit 140 vH,
die weiteren	100 000 DM	der Meßbeträge mit 170 vH,
die weiteren	1 000 000 DM	der Meßbeträge mit 210 vH,
die weiteren	2 000 000 DM	der Meßbeträge mit 220 vH,
die weiteren Meßbeträge in DM		mit 230 vH;

- c) als Steuerkraftzahl der Gewerbesteuer die Meßbeträge der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 240 vH.

§ 7 FAGDV 1960

(1) Die Realsteuerkraftzahlen werden gefunden, indem die für die Gemeinden (gemeindefreien Grundstücke) geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital zusammengezählt werden.

(2) Die im vorhergehenden Rechnungsjahr zu entrichtenden Gewerbesteuerzuschüsse werden

- a) in voller Höhe von den Gewerbesteuerkraftzahlen der Betriebsgemeinden abgesetzt und
- b) zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Wohngemeinden hinzuge-rechnet.

(3) Die den Gemeinden im vorvorhergehenden Rechnungsjahr zufließenden Einnahmen aus der Spielbankabgabe und die Verwaltungskostenzuschüsse der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn werden zur Hälfte den Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer hinzugerechnet.

III. Meßbeträge

§ 6 Abs. 1 FAGDV 1960

(1) Der Ermittlung der Realsteuerkraftzahlen für ein Rechnungsjahr werden die Steuerkraftzahlen zugrunde gelegt, die sich ergeben,

- 1) bei der Grundsteuer:

aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und aus den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer von den Grundstücken (Grundsteuer B), die von den Finanzämtern aufgrund der Bestimmungen über die Anschreibung der Grundsteuermeßbeträge jeweils bis zu dem vom Staatsministerium der Finanzen bekanntzugebenden Termin im Meßbetragsverzeichnis angeschrieben worden sind. Dabei bleiben die Meßbeträge außer Ansatz, wenn und soweit sie auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe oder auf Grundstücke entfallen,

- a) die für die Zwecke der ausländischen Streitkräfte in Anspruch genommen sind und für die aus diesem Grunde keine Grundsteuer entrichtet wurde;

- b) für die die Grundsteuer ganz oder teilweise aufgrund des § 26 a des Grundsteuergesetzes in der Fassung vom 10. August 1951 (BGBl. I S. 519, ber. S. 790; FMBI. S. 415) erlassen wurde;
- c) für die die Grundsteuer unter den in § 33 Abs. 4 des Grundsteuergesetzes genannten Voraussetzungen erlassen wurde.

Maßgebend ist jeweils das vorvorhergehende Rechnungsjahr. Beträge, die die Gemeinden im vorangehenden Rechnungsjahr als Grundsteuerausfallvergütung nach Art. 8 FAG erhalten, sind den Steuermeßbeträgen der Grundsteuer hinzuzurechnen, nachdem sie durch die in diesem Rechnungsjahr geltenden Hebesätze geteilt und mit hundert vervielfacht worden sind.

Erhöhungen der Steuermeßbeträge aufgrund der §§ 12 a und 12 b des Grundsteuergesetzes in der durch § 172 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341 - FMBI. S. 737) geänderten Fassung vom 10. August 1951 bleiben unberücksichtigt;

2) bei der Gewerbesteuer:

aus den Meßbeträgen der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital, die von den Finanzämtern aufgrund der Bestimmungen über die Anschreibung der Gewerbesteuermeßbeträge jeweils bis zu dem vom Staatsministerium der Finanzen bekanntzugebenden Termin im Meßbetragverzeichnis angeschrieben worden sind.

Berichtigungen von Meßbeträgen der Anschreibungszeiträume II/1948 und 1949 bleiben unberücksichtigt.

Saarland

Gesetz Nr. 717 über den kommunalen Finanzausgleich im Saarland (Finanzausgleichsgesetz - FAG -) vom 28. Juni 1960

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 33 Abs. 1 bis 5 FAG

(1) Soweit die sonstigen Einnahmen eines Landkreises seinen Bedarf nicht decken, ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben (Kreisumlage).

(2) Die Kreisumlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird bemessen in einem Hundertsatz (Umlagesatz) der Umlagegrundlagen (Absatz 4). Der Umlagesatz muß für alle Gemeinden des Landkreises gleich sein.

(3) Der Umlagesatz kann im Laufe des Rechnungsjahres einmal geändert werden. Die Änderung des Umlagesatzes wirkt auf den Beginn des Rechnungsjahres zurück. Die Nachtragshaushaltssatzung über die Änderung des Umlagesatzes muß im Falle einer Erhöhung vor dem 1. Juli beschlossen und die Änderung den Umlagepflichtigen unverzüglich mitgeteilt werden.

(4) Umlagegrundlagen einer kreisangehörigen Gemeinde sind die Steuerkraftzahlen nach § 24, erhöht um 90 vom Hundert der Schlüsselzuweisungen, die sie für das Ausgleichsjahr zu beanspruchen hat (§ 22) und gekürzt um den Anteil an der Finanzausgleichsumlage (§ 21). Der Minister des Innern kann für die Feststellung der Umlagegrundlagen abweichende Berechnungszeiträume bestimmen.

(5) Der Umlagebeschluß bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

II. Ermittlung der Steuerkraftzahlen

§ 24 Abs. 1 FAG

(1) Die Steuerkraftmeßzahl wird gefunden, indem die für die Gemeinde geltenden Steuerkraftzahlen der Grundsteuer und der Gewerbesteuer zusammengezählt werden.

§ 41 Abs. 1 FAG

(1) Für das Ausgleichsjahr 1960 werden (abweichend von § 24 Abs. 2) als Steuerkraftzahlen angesetzt:

1. bei der Grundsteuer von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben die Meßbeträge mit 120 vH,
2. bei der Grundsteuer von den Grundstücken
 - die ersten 20 000 DM der Meßbeträge mit 150 vH,
 - die weiteren 100 000 DM der Meßbeträge mit 160 vH,
 - die weiteren 1 000 000 DM der Meßbeträge mit 170 vH,
 - die weiteren Meßbeträge mit 180 vH,
3. bei der Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital die Meßbeträge mit 240 vH.

III. Meßbeträge

§ 41 Abs. 2 FAG

(2) Als Meßbeträge nach Abs. 1 sind (abweichend von § 24 Abs. 3 für das Ausgleichsjahr 1960) anzusetzen:

1. die Meßbeträge der Grundsteuer nach Umstellung der Einheitswerte gemäß § 90 Abs. 1 des Gesetzes über die Einführung deutschen Rechts auf dem Gebiet der Steuern, Zölle und Finanzmonopole vom 30. Juni 1959 (Bundesgesetzbl. I S. 339) und der Abschlußsumme der Grundsteuermeßbetragsverzeichnisse am 31. Dezember 1959,
2. die Gewerbesteuermeßbeträge, die sich ergeben, wenn das Aufkommen vom Gewerbeertrag und Gewerbekapital in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1959 durch den für den gleichen Zeitraum beschlossenen Hebesatz geteilt wird. Zum Aufkommen des Rechnungsjahres 1959 gehören

- a) im Rechnungsjahr 1959 gewährte Ersatzleistungen und darauf geleistete Vorauszahlungen für Gewerbesteuerausfälle infolge der Anwendung des Gesetzes Nr. 584 über steuerliche Maßnahmen im Saarland vom 12. Juni 1957 (Amtsbl. S. 905) und
- b) die Warndtkohlenabgabe, die die Warndtgemeinden nach Maßgabe des Landeshaushaltes im Ausgleichsjahr 1960 erhalten.

Im übrigen gelten für die Feststellung des Aufkommens der Gewerbesteuer die bisherigen vom Minister des Innern erlassenen Vorschriften.